

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Gruppenstr. 6/8, und durch Buchhändler zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, des Monats 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei im Haus M. 2.95, wo keine Post am Orte, M. 3.30.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Interessanter Bericht für die christliche Bevölkerung über den 23. Juni, die Arbeiter, die Reichstagswahl und die Wahlreform. 15. Juni. Katholische Arbeiter 25 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Sonntag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werkfähige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 193.

Mittwoch, den 19. August 1908.

19. Jahrgang.

Ein Block der Mitte?

Eine politisch sehr interessante Zuschrift vom Rhein veröffentlicht die Berliner „Nationalzeitung“. Es wird hier nicht mehr und nicht weniger vorgeschlagen als ein Zusammengehen der Liberalen und des Zentrums unter Ausschluß der Konservativen und des Reichskanzlers Bülow. Dieser Vorschlag, der von seinem Urheber selbst als „verblüffend“ bezeichnet wird, soll die Antwort auf das Liebeswerben der Konservativen bei dem Zentrum sein und auf die Passivität, mit der der Reichskanzler diesem Treiben der Junkerpresse zusieht. Wenn nun einmal geschieden sein müsse, brauche der Liberalismus dabei nicht der Dumme sein. Denn, so führt der ungenannte nationalliberale Parteimann weiter wortlich aus:

Weg vom Zentrum nach links ist genau so weit wie nach rechts, und mit dem Zentrumsflügel, den die Reichstagsfraktion in ihrer Mehrheit vertritt, sollte in sozialpolitischen und finanziellen Fragen dem Liberalismus eine Verständigung zum mindesten ebenso leicht fallen wie mit den Konservativen. Die liberalen Herren von den Konservativen haben nämlich in ihrer Rechnung das eine vergessen, daß auch das Zentrum und die Liberalen im Reichstage eine Mehrheit bilden können. Daß dies nicht ohne weiteres zu erreichen ist, ist zuzugeben, es läme aber immerhin auf den Versuch an, dem wenn ich recht unterrichtet bin, wohl nicht alle Zentrumsabgeordneten unsympathisch gegenüberstehen dürften.

Ganz so verblüffend wie sein Urheber meint, ist dieser Vorschlag nicht. Schon im Jahre 1906 verhandelten Zentrumsleute und Nationalliberale von Rheinland-Westfalen über den Abschluß eines gegen die Sozialdemokratie gerichteten Bündnisses. Gleiche Pläne tauchen jetzt wieder zur Reichstagswahl in Ludwigshafen auf. Und im Reichstage haben in unzähligen Fällen, zunächst in allen sogenannten „nationalen“, dann aber auch in wirtschaftspolitischen Fragen aller Art Zentrum und Nationalliberale miteinander gestimmt. Die Gottenlothenhehe von 1906/07 hat dann das freundschaftliche Verhältnis beider Parteien stark gefestigt, es ist aber kaum daran zu zweifeln, daß es wieder hergestellt werden wird. Ob die Wiederanknüpfung längst angepönnener Fäden nun in der Art erfolgen wird, wie es die rheinische Bakterfirma der „Nationalzeitung“ vorschlägt, darüber kann man freilich verschiedener Meinung sein. Alle bisherigen Kooperationen der Nationalliberalen und des Zentrums standen unter Leitung der Regierung und lehnten sich ausschließlich gegen die Linke, während die Rechte mit Zentrum und Nationalliberalen gemeinsame Sache machte. Ein Block der Mitte, der sich nicht nur gegen die Sozialdemokratie, sondern auch gegen die Konservativen und die Regierung richtet, setzt bei den bürgerlichen Parteien mehr Selbständigkeit des Urteils und entschlossenen Eigenwillen voraus, als sie besitzen. Eher als in Deutschland ein Regieren ohne die äußerste Rechte und im Reichstage eine geschlossene Mehrheit möglich wird, die der absolutistischen kaiserlichen Regierung ihren eigenen Willen entgegensetzt, wird wohl China ein fortschrittliches parlamentarisches Regime bekommen.

Aber abgesehen davon, daß sich in Deutschland bürgerliche Parteien ohne behördliche Genehmigung nicht zu gemeinsamen Zwecken zu vereinigen pflegen, liegen auch auf beiden Seiten schwerwiegende Gründe vor, die gegen den Abschluß eines Bündnisses sprechen. Den angebligen Gegensatz zwischen Merkantilismus und Liberalismus möchten wir zu allererst zu diesen Gründen rechnen, denn erstens liegt dem Liberalismus an dem sogenannten „Kampf gegen Rom“ blutwenig, zweitens aber fehlt unter den gegenwärtigen Umständen jede Möglichkeit, antimerkantile Politik zu treiben. Trotz Block und „Ausschaltung des Zentrums“ ist der Merkantilismus in Deutschland mächtiger und — wie man sieht — als Bundesgenosse eifriger gesucht, denn je.

Es sind nicht Gründe kirchenpolitischer, sondern Gründe sozialer Natur, die dem Zustandekommen eines blauschwarzen Kartells entgegenstehen. Solange das Zentrum im Westen nicht den Anspruch aufgeben will, als eine Partei auch den Industriearbeitern zu erscheinen und solange auf der anderen Seite der Nationalliberalismus nicht aufhört, die ausgehaltene Partei der industriellen Scharmacher zu sein, muß das Bestreben der einen, es ihren Wählern, und der anderen, es ihren Geldgebern recht zu machen, zu immer neuen Reibungen führen.

Wie aber die Nationalliberalen unter der Fuchtel der Industriemagnaten stehen, geht u. a. auch aus einer neuerlichen Mitteilung des „Verl. Tagebl.“ hervor, wonach vor einiger Zeit eine Konferenz von Mitgliedern der nationalliberalen Partei und Großindustriellen im Reichstage stattgefunden hat. Die Industriellen, die durch die Herren Rindorf, Busch und Tille charakteristisch vertreten waren, sollen durchgesetzt haben, daß die Nationalliberalen die Frage der geheimen Abstimmung bei den Landtagswahlen zurückstellten. Dagegen meint freilich die „Nationalzeitung“, seit dieser Konferenz sei es schon lange her und außerdem habe es sich dabei nicht um die Frage der öffentlichen Abstimmung, sondern um „sozialpolitische Fragen wie Tarifabkommen und ähnliches“ gehandelt. Mit einer reinen Unternehmensepartei kann aber das Zentrum aus parteipolitischen Gründen keine feste und dauernde Verbindung unterhalten. Selbst Wahlabkommen von Fall zu Fall gegen die Sozialdemokratie haben, wie sich schon oft gezeigt hat, ihre Schwierigkeiten und müssen schließlich der belämpften Partei selbst zum Vorteil dienen, da nichts besser geeignet ist, die Arbeiter zum Klassenbewußtsein zu wecken, als der offene Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien zur Belämpfung des Proletariats.

Es ist also nichts mit dem Block der Mitte, der sommerlichen Erfindung eines geistreichen Takikers und schlechten Realpolitikers. Und wenn einige Zentrumsabgeordnete diesem Vorschlag „nicht unsympathisch“ gegenüberstehen, so kann man sich leicht vorstellen, warum sich die schwarzen Herrschaften das Liebeswerben der jahmgeordneten Kulturkampfsbrüller gerne und mit Humor gefallen lassen. Denn das ist das letzte Blockgeheimnis, daß sich die Agenten der Regierung, der Konservativen und, wie sich eben zeigt, auch der Nationalliberalen beifern, dem „ausgeschalteten“ Zentrum die Türe einzurennen. Wie mußte sich das Zentrum vordem auf der „Hintertreppe“ plagen. Und welche Wendung und Gotes Fügung! Jetzt glänzen in

Herrn Spahns Vorzimmer Herrn Sydows und Herrn Wassermanns frisch aufgebügelte Zylinder!

Politische Uebersicht.

Bitten von den Landtagswahlen 1908. Zwei Monate sind nun seit dem Tage der Abgeordnetenwahlen ins Land gegangen, aber noch immer ist die müßiggiltige preussische Regierung nicht in der Lage, genaue Zahlen über die Verteilung der am 8. Juni abgegebenen Wählerstimmen auf die einzelnen Parteien bekannt zu machen. Sie nimmt sich mit der Wahlstatistik Zeit, weiß sie doch, daß das Ende ihrer Mühen nur der Nachweis von dem glänzenden Wachsstum der sozialdemokratischen Stimmenzahlen und der Beweis für die Mehrheit der Wahlreformfreunde in der Wählerschaft sein wird. Mit dieser Feststellung braucht sie sich nicht zu beeilen. Aber sie ist wenigstens schon soweit, um die Wahlmännerstimmen angeben zu können, die am 16. Juni zur Abgabe kamen. Nach dem vorläufigen Bericht des „Reichsanzeigers“ haben ungefähr 225.000 Wähler abgestimmt. Von diesen entfielen auf die Kandidaten der verschiedenen Parteien — die eingeklammerten Ziffern sind die der vorletzten Wahl — folgende:

Deutschkonservative	60.898 (59.162)	+ 1716
Freikonservative	23.029 (27.557)	- 4528
Nationalliberal	88.064 (38.181)	+ 117
Zentrum und Polen	59.665 (54.314)	+ 5351
Freisinnige	24.807 (21.617)	+ 3190
Sozialdemokraten	16.372 (7607)	+ 9365

Hier sind also nur die Wahlmänner gezählt, die wirklich abgestimmt haben, hunderte von Genossen haben sich aber bei diesem zweiten Wahlgang der Stimme enthalten, so in Breslau (Land), Waldenburg, Görlitz und vielen anderen schlesischen Wahlkreisen. Die Zunahme unserer Wahlmänner beträgt also in ganz Preußen sicher mehr als 10.000. Obwohl wohl in der Wahlmännerzahl alle Ungerechtigkeiten des Wahlsystems schon zum Ausdruck kommen — die ungleiche, öffentliche, indirekte Abstimmung — so müßte doch auch hier schon eine vollstän dige Umwälzung des Abgeordnetenhauses erfolgen, wenn wir das Verhältniswahlsystem oder eine gerechtere Wahlkreiseinteilung hätten. Jetzt wählen 23.000 freikonservative Wahlmänner 60 Abgeordnete, aber 17.000 sozialdemokratische nur 7! Durchschnittlich haben 508 Wähler einen Kandidaten zum Mandat verhilfen. Diese Zahl zum Maßstabe genommen müßten an Abgeordneten entfallen auf die

deutschkonservative Partei	120 Abgg.	statt 150, also - 30 Mandate
freikonservative Partei	45	„ 60, „ - 15
Walden	4	„ 6, „ - 2
Zentrumsparlei	99	„ 104, „ - 5
Polen	19	„ 15, „ + 4
Nationalliberalen	75	„ 65, „ + 10
Freisinnigen	48	„ 36, „ + 12
Sozialdemokraten	33	„ 7, „ + 26

Neben schon diese Zahlen eine deutliche Sprache, so wird sie noch ganz anders lauten, wenn wir nicht nur die Zahl der Wahlmänner für die einzelnen Parteien, sondern die Zahl der Wähler wissen!

Die Mutter.

Sozialer Roman von Maxim Gorki

Einzig autorisierte Uebersetzung von Adolf G. S. B.

80) (Nachdruck verboten.)
„Mit solchen Leuten kann das Volk zusammengehen; die geben sich nicht mit wenigem zufrieden. Sie hören nicht eher auf, als bis das ganze Volk einstimmig sagt: Ich bin der Herrscher, ich gebe für alle gleiche Befehle!“
Sie schloß müde. In ihrer Brust lag ruhige Sicherheit, daß ihre Worte hier nicht verloren gehen würden... Die Bauern blinnten sie an, sie erwarteten noch etwas. Peter hatte die Hände auf der Brust verschlungen, in seinem bunten Gesicht zitterte ein Lächeln. Stephan hatte seinen Arm auf den Tisch gestützt und sich ganz vorgebeugt, den Hals ausgestreckt, und hörte schmeibbar noch immer zu. Sein Weib sah gebückt neben der Mutter, hatte die Ellbogen auf die Knie gelegt und blickte vor die Füße.
„Also so ist es...“ flüsterte Peter und setzte sich kopfnickend auf die Bank.
Stephan richtete sich langsam auf, blickte seine Frau an und breitere seine Hände in der Luft aus, als wollte er etwas umarmen.
„Wenn man an die Sache herangeht“, sagte er nachdenklich und halb laut, „muß man es schon mit Leib und Seele tun.“
Peter klopfte schächtern ein:
„Ja...“
„Zurück darf man nicht blicken!“
„Die Sache ist groß gedacht...“
„Ueber die ganze Erde!“

XLVIII.

Die Mutter hatte sich mit dem Rücken gegen die Wand gelehnt, den Kopf zurückgeworfen und hörte so ihre halblauten, abwägenden Worte. Tatjana stand auf, blickte um sich her und setzte sich wieder. Ihre grünen Augen glänzten trocken, als sie unzufrieden und geringschätzig die Bauern ansah.
„Ihr habt, Schein's, viel Kummer erlitten?“ wandte sie sich plötzlich der Mutter zu.
„Das habe ich!“ erwiderte diese.
„Ihr sprecht gut...“ Es zieht einen an, zieht das Herz hinter eure Rede her... Man denkt — Herrgott, wenn man wenigstens durch eine Hitze solche Leute und solches Leben sehen könnte! Wie lebt man denn? Wie ein Schaf!... Ich für meine Person kann lesen und schreiben, lese Bücher, denke viel nach,

schlafe oft sogar Nachts nicht. Aber was hat das für einen Sinn? Denkt man nicht nach — so geht man zugrunde, und denkt man nach, so geht man zugrunde. Ist doch alles umsonst. Die Bauern hier zum Beispiel, die arbeiten und radern sich ab, wegen eines Stückchens Brot... Und trotzdem ist nichts da... Das kränkt sie, sie werden böse, trinken, prügeln sich, arbeiten wieder... arbeiten... Was soll das? Gar nichts.“
Sie sprach spöttisch und lächelte ebenso. Ihre Stimme war tiefstehend und hockte bisweilen, als hätte sie plötzlich ihre Rede wie einen Faden durchschnitten... Die Bauern schwiegen. Der Wind streifte die Fensterheben, raschelte im Stroh auf dem Dach, und summte leise im Schornstein. Ein Hund heulte. Und unwillig schlugen ab und zu Regentropfen gegen das Fenster. Die Flamme in der Lampe zitterte, wurde trübe, brannte aber nach einer Sekunde wieder gleichmäßig und hell.
„Deswegen leben also wir Menschen!“ Wunderbar...
„Ich höre Euch an und merke, das weiß ich ja alles schon!“
„Wir müssen etwas essen, Tatjana, und das Licht auslöschen!“ sagte Stephan flüsternd und langsam. „Sonst leben die Leute — bei Schumalows hat lange... Licht gebrannt. Uns macht das nichts aus, — aber für den Gast kann es böse Folgen haben.“
Tatjana stand auf und ging zum Ofen.
„Ja-a!“ meinte Peter leise lächelnd. „Jetzt, Freund, heißt es, die Ohren steif gehalten! Wenn die Zeitung unter den Leuten erscheint...“
„Ich spreche nicht von mir... Der Preis für unsereins ist ein Fünfer das ganze Bund, selbst wenn ein Schod im Bunde ist.“
Die Mutter empfand plötzlich Bedauern mit ihm, er gestel ihr jetzt besser. Sie fühlte sich nach ihrer Rede wie erschöpft und wünschte allen Gutes und Schönes.
„Was Du sagst, ist nicht richtig“, meinte sie. „Der Mensch braucht nicht damit einverstanden sein, wie ihn die Leute beurteilen, die nur sein Blut brauchen. Man muß sich selbst von innen küssen, nicht für die Fremde, sondern für die Freunde.“
rief der Bauer. „Gehstens, bis es ans Essen und Trinken geht.“
„Ja, aber nicht hier. Das ist die Sache!“ erwiderte Stephan nachdenklich.
„Ihr kisset hier welche werden...“
Stephan dachte nach und sagte leise:
„Ja, das müßte man...“
„Setzt Euch zu Tisch!“ lud Tatjana ein.
Beim Abendessen redete Peter, der von den Worten der

Mutter ganz erbrüht war und den Kopf verloren hatte, wieder lebhaft und schnell:
„Mamachen, Sie müßten morgen früh von hier fortfahren, damit Sie nicht bemerkt werden. Und dann zur nächsten Station und nicht in die Stadt. Fahren Sie mit der Post...“
„Warum? Ich bringe sie fort“, sagte Stephan.
„Nur das nicht. Im Falle, daß etwas passiert, wird man Dich fragen: Hat sie bei Dir übernachtet? Wo ist sie geblieben? — Ich habe sie fortgebracht, sagst Du. Äh, Du hast sie fortgebracht? Dann machst Du nur ins Loch! Hast verstanden? Wozu denn die Gite, ins Loch zu kommen? Hat alles seine Zeit: Gite mit Welle, wie das Sprichwort lautet...“
Hat sie aber einfach hier übernachtet, Pferde gemietet und so fortgefahren, dann ist es ein ander Ding! Wer übernachtet hier nicht alles? Ein vielbereiteres Dorf!“
„Wo hast Du, Peter, die Angst gelernt?“ fragte Tatjana spöttisch.
„Man muß alles kennen lernen, Gebakterin!“ rief Peter und schlug sich auf die Knie. „Angst ebenso wie Verwegenheit! Wehst Du nach, wie der Landrichter wegen der Zeitung Wagonow gehauen hat? Jetzt kriegt Du ihn für viel Geld nicht dazu, daß er ein Buch in die Hand nimmt... Glauben Sie, Mamachen, ich verstehe mich auf diese Dinge, das weiß jeder. Schriftten und Papiere verbreite ich Ihnen, so viel Sie wollen! Unser Volk hier ist natürlich nicht sehr gebildet und recht ängstlich, aber was macht das? Die Zeit geht einem doch so zu, daß man unwillkürlich die Augen auf tut. Es gibt Beispiele, daß ein Ungebildeter mehr als ein Gebildeter begreift, — besonders, wenn der Gebildete satt ist! Die Behörde merkt auch, daß mit den Bauern etwas los ist: er laßt wenig und ist unfreundlich... will sich überhaupt die Obrigkeit abgewöhnen... Neulich kamen sie in Smolalowo — ist ein kleines Dorf hier in der Nähe — um Abgaben zu erheben, die Bauern aber stellen sich sofort auf die Hinterbeine und greifen nach Hainröhren... Der Kommissar sagt: Ihr Hundstot! Das geht ja gegen den Jaren! Ein Bauer, Spilwatin, meint darauf: Laßt mich doch mit eurem Jaren ungeschoren! Was ist denn das für ein Jar, der einem das letzte Hemd von der Schulter reißt? — Soweit ist es gekommen, Mamachen! Katholisch sag Schwatki ins Loch. Aber kein Wort, das bittet, und laßt die kleinen Jungen kennen es jetzt. Es ist recht und lehr!“
Er sah nicht, sondern nach fortwährend in schellen Wäulertion. Seine dunklen, schelmischen Augen glänzten müdig und daset schüttelte er, wie Dampfmaschinen aus einer... unglückliche keine Jüge aus dem kändlichen Leben vor der Mutter aus. (Fortsetzung folgt.)

Die Antwort der Bischöfe. Die wenigen kühnen Mannesworte, welche sich christliche Gewerkschaftsführer auf dem kürzlich internationalen Kongress gegen ihre geistlichen „Oberhirten“, die von den wirtschaftlichen Kämpfen der Arbeiter nichts verstehen, erlaubt hatten, fanden auf dem Katholikentage ein Echo. Die hohen Kirchenfürsten bedächten den Augenblick der Festimmung, in dem es keine kritische Sondierung und keine freie Diskussion gab, um den Herren Glasberts, Schiffer u. dergl. die Meinung zu sagen. Der Kardinalbischof Fischer hub an:

Wenn ich es möglich machen könnte, würde ich heute in jeder Versammlung gehen und jedem Einzelnen von den 66.000, die dem Biss zumal gemacht haben, die Hand schütteln, um ihm Dank zu sagen für diese herrliche katholische Kundgebung. Tausende und Abertausende katholische Arbeiter, fast ausschließlich dem Arbeiterstand angehörig, saßen an uns Bischöfen vorüber und gaben dadurch äußerlich kund, daß sie teils und teils neben zu unserer heiligen Kirche. Ich sage dem lieben Gott Dank, daß er uns Bischöfen ein so treues katholisches Volk, daß er dem Arbeiterstand und auch dem mittleren Beamtenstand einen so treuen katholischen Sinn bewahrt hat. Ich habe den innigsten Wunsch, daß der liebe Gott Euch diesen Sinn auch ferner erhalten möchte. Es sind jüngst in einer Versammlung, die sich auch mit den Interessen der Arbeiter beschäftigte, einige harte Worte gefallen in Bezug auf die Bischöfe, die den arbeitenden Bevölkerung warm schlagendes Herz tief betrübt haben. Ich will gern annehmen, daß sie nicht so gemeint waren, denn ich weiß, daß der katholische Arbeiterstand treu steht zu den Bischöfen und treu steht zu seinen Priestern. Als ich heute die Zehntausende vorbeisah, da sah ich, daß fast jede Gruppe geleitet wurde von einem Priester. Ja, meine lieben Arbeiter, die Priester, die sind Eure besten Freunde! O, laßt Euch niemals die Liebe und das Vertrauen zu den Priestern aus dem Herzen reißen. (Leb. Beifall.)

Erzbischof Fischer erteilte darauf der Versammlung, die ntebergeliegt war, den Segen und ein Stadtverordneter Meyer fand es für gut, gegen die christlichen Gewerkschaftsführer etwas heftlicher zu werden:

Die 60.000 Arbeiter, die durch den Verbleib der Bischöfe in der Öffentlichkeit Zeugnis von ihrem katholischen Glauben abgeben, hätten bewiesen, daß sie den Predigten gewisser Agitatoren nicht gefolgt seien, sondern treu und fest ständen zur Kirche.

Damit war man bei dem Tone angelangt, den der „Katholische Arbeiter“, das Organ der Fachabteilungen anspricht und den wir gestern kurz verzeichneten. Für die ganz Frommen gibt es zwischen christlichen Gewerkschaften und Sozialdemokraten schon keinen erheblichen Unterschied mehr.

Der Kampf um die Ueberschüsse. Die durch die Thüringischen Staaten gehenden Eisenbahnen sind mit 2 oder 3 Ausnahmen im Besitz des preussischen Staates, der die Ueberschüsse einstreicht und sich von einzelnen Staaten für besondere Linien auch noch Zuschüsse zahlen läßt. Das hat man in den Thüringischen Staaten längst als einen unhaltbaren Zustand erkannt. Umso mehr, als die finanziellen Verhältnisse der meisten dieser Kleinstaaten durch die Anforderungen, die das Reich stellt, immer trostloser sich gestalten haben. Das hat dazu geführt, daß bereits seit 2 Jahren Konferenzen der Abgeordneten der Thüringischen Staaten stattfinden, in denen erwogen wird, wie aus der Klemme herauszukommen wäre. Dabei kam man zu der Ansicht, daß die Thüringischen Staaten sehr wohl ein Anrecht auf einen Teil der preussischen Eisenbahn-Ueberschüsse haben. Dem stehen aber die vorhandenen Verträge gegenüber. Deshalb verfolgt man den Plan, die öffentlichen Meinung so lange aufzufächeln, bis der Inhalt der unter ungünstigen Verhältnissen geschlossenen Verträge aufgehoben und die Thüringischen Staaten in den großen preussisch-hessischen Eisenbahnbund unter den gleichen Bedingungen wie die anderen Staaten aufgenommen werden.

Die Herren Breitenbach und v. Rheinbaben wird dieses Aufschälen der öffentlichen Meinung herzlich toll lassen. Was die einmal in der Tasche haben, das geben sie nicht wieder her.

Es bleibt bei der Geheimnisthramerei. Zu den in der letzten Zeit in der Presse aufgelauchten und erörterten Steuerplänen nimmt endlich die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ Stellung. Das Organ Bülow's erklärt:

Die veränderten Verhältnisse werden die Vorlagen zum Beginn der parlamentarischen Kampagne veröffentlichen, und es wird damit zu einer mehrmonatlichen eingehenden Diskussion im Parlament und Presse Zeit und Spielraum gegeben sein. Nichts ist falscher, als die Annahme, mit den neuen Steuerentwürfen solle der Reichstag oder sollten die deutschen Steuerzahler überrollt werden; im Gegenteil eine möglichst gründliche Behandlung der Finanzfragen liegt im allgemeinen vaterländischen Interesse. Halbseitige einzelne Gemüths aus dem Zusammenhang zu reißen und zu publizieren, ist aber niemals üblich gewesen und entspricht auch wohl kaum dem Geist der Lage. Werden aber die Entwürfe selbst nicht veröffentlicht, so kann natürlich nicht jede neue Steuerentwurf veröffentlicht werden. Das heraus entfällt eine halb, widersprechende Öffentlichkeit, die in unabweisbarem Interesse liegt. Aus dieser Reserve im November wird sich die Regierung auch dann nicht herauslösen lassen, wenn einmal eine 100prozentige Vermögenssteuer oder die Enteignung der Staatseinkünfte von Reich wegen gemeldet wird.

Diese Darstellung ist ein echter, unverfälschter Bülow. Steuerpläne, die tief in das Wirtschaftsleben der Nation eingreifen werden, die ganz besonders einen drückenden Einfluß auf die Lebenshaltung der breiten Massen ausüben müssen, werden erst dann veröffentlicht, wenn es nicht mehr zu umgehen ist. Und gerade darin liegt eben die Ueberkompelung, die ohne Zweifel beabsichtigt ist.

Bürgermeister Schöning. Der Verleger der „Süddeutschen Zeitung“ teilte der Öffentlichkeit mit: Bürgermeister Dr. Schöning (Hannover) ist in die Redaktion der „Süddeutschen Zeitung“ (Berlin, Kochstraße Nr. 7) als Herausgeber eingetreten. — Aus Weimar auf dem Weg nach der „Süd.“ zum Fall Schöning geschrieben, daß der hiesige Bürgermeister von Weimar, Dr. Wahfeld, von Seiten der „Süddeutschen Zeitung“ ein Schreiben erhalten hat, ob er gegenwärtig die Herausgeberstelle in Weimar annehmen möchte. Der Bürgermeister Schöning findet noch nicht am 19. August Zeit, wie jedoch die beiden oben bezeichneten Zeitungen zeigen, wobei sowohl der Verleger als auch der Delegierte damit, daß der hiesige Bürgermeister die Stelle zur Vertretung des hiesigen Bürgermeisters annehmen möchte. — Einmal mehr wird der preussischen Regierung zu noch nicht entschieden, nur in die liberale Lage stellt es sich nicht. Aber das hat in der Reichsversammlung mit seiner Regierung zu tun.

Die Besoldungsreform ist, wie die „Vossische Zeitung“ mitteilen kann, für und fertig. Die Untersuchungskommission der Ministerialdirektoren erhalten Gehaltsanträge, die Regierungspräsidenten dagegen erhöhte Repräsentationsgelder. Verschiedene Regierungspräsidenten erhalten heute bereits Repräsentationsgelder, die 25 Prozent ihres Gehalts ausmachen. Die Gehaltsanträge steigen im Durchschnitt bis auf 7800 Mk. — Ueber die Art der Verbesserung der mittleren und unteren Beamten verläutet leider nichts und doch wäre es schon am besten, wenn die Besoldungsanträge bald zu veröffentlichen, damit diese Beamtenkategorien wissen, woran sie sind.

Der Ordnungsbret in Offenbach. Die bürgerlichen Parteien in Offenbach haben sich nunmehr definitiv dahin geeinigt, unserem Genossen Ulrich in Offenbach-Stadt als alleinigen bürgerlichen Kandidaten den nationalliberalen Fabrikanten Böhm entgegenzustellen. Jedenfalls haben sich die Nationalliberalen verpflichtet, als Gegenleistung die Zentrumskandidaten in Mainz zu unterstützen. Bei dieser Konstellation werden wir unsere Mandate in Offenbach und Mainz nur in bestem Kampfe behaupten können.

Wahlrechtsbewegung in Waldorf. Das kleine, von Preußen völlig abhängige Fürstentum hat ein Wahlrecht, das noch schlechter ist, als das in Preußen geltende, denn in diesem Duodezimals-Raat dürfen Wahlboten und Unterbeamte, die seinen eigenen Stand haben, überhaupt nicht wählen. Der freisinnige Abgeordnete Dr. Rothoff verlangt nun in einem im Lande verbreiteten Flugblatt die Einführung des Reichstagswahlrechtes und die Uebertragung mindestdens des aktiven Wahlrechtes auf die Frauen.

Ausverbaute Schmerzen. Die „Deutsche Tageszeitung“ jammert, daß man auf den Bahnhöfen zwar liberale, nicht aber auf konservative Zeitungen angeboten erhalte. Das Blatt wünscht, daß darin Wandel geschaffen werde. — Wie das gemacht werden soll, wird leider nicht gesagt. — Wie wäre es mit einer Kapazitätsermäßigung für die Käufer konservativer Blätter?

Gegen die Lichtbestrahlung. Bei dem Oberbürgermeister Schindling als Vorsitzender des Westfälischen Städtebundes ist der Antrag eingelaufen, sofort einen Städtebundes einzuhalten, und auf die Tarifordnung zu setzen: „Stellungnahme zur Elektrizitätssteuer.“ Verschiedene westfälische Städte haben bereits gegen die Elektrizitätssteuer Stellung genommen.

Wieder ein Schwarzger Adler. Der Oberjägermeister vom Dienst und Chef des Jagdpostamtes Herr v. Heintze-Welkenroth ist mit dem schwarzen Adler ausgezeichnet worden. Das große Publikum hat bisher von den Verdiensten des Herrn Oberjägermeisters um das Vaterland kaum etwas gewußt. Sie müssen jedenfalls sehr erheblich sein. Sonst wäre er doch nicht ebenso wie General Sibel und der gestürzte reaktionäre Großvezir mit dem höchsten preussischen Orden ausgezeichnet worden.

100.000 Mark Schiedsgerichtskosten. Einigunabverhandlungen zwischen der Stadt und dem Schiedsgericht, das in Sachen der Straßenbahn entschieden hat, sind eingeleitet und sollen einen glänzigen Verlauf nehmen. Bekanntlich ist es zwischen beiden Parteien wegen der dem Magistrat angestellten Kostenrechnung zu einer Differenz gekommen, deren gütliche Beilegung nunmehr angesetzt wird. Die Summe für diese Verhandlungen bilden das Angebot der Stadt, 50.000 Mk. dem Schiedsgericht für seine Mithewaltungen zu zahlen, d. h. die Hälfte seiner Forderungen. Unterliegt wird der Magistrat hierbei durch die Gutachten, die er von mehreren hervorragenden Juristen eingeholt hat. Diese gipfeln in der Erklärung, daß das Schiedsgericht zu einer Forderung von 100.000 Mark nicht berechtigt sei.

Der radikale Pfarrer Manjus, der an Kaisers Geburtstag seiner Gemeinde predigte, als Katholiken hätten sie sich des Tages nicht zu freuen, da sie doch nur zum Steuern zahlen und Soldaten werden gut wären und der für seine Kaiser Geburtstag-Rede zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt wurde, wird nun aus der Hölle doch verlassen. Der Bischof von Bistum hatte ihm nahe gelegt, zurückzutreten. Das hatte der Pfarrer aber abgelehnt, nach dem Kirchenrecht kann ihn auch der Bischof gegen seinen Willen nicht verweisen, doch hatte er ihn seines Amtes enthoben. Nun scheint der reichsständischen Regierung es aber doch nicht gepasst zu haben, daß der Pfarrer bei der Ankunft des Kaisers in Koldingen, wenn auch nicht tätig mehr, doch an seinem alten Wirkungsort bleibt. Es heißt, sie habe durch den Straßburger Weihbischof Frh. von v. Enckel bei dem Kardinalstaatssekretär Merry del Val Vorstellungen erheben lassen, der diesen auch nachgab und den Bischof von Bistum veranlaßte, bei Strafe des Interdikttes den Pfarrer Manjus zum Verlassen von Amt aufzufordern. Pfarrer Manjus aber soll am letzten Sonntag in seiner Predigt gesagt haben, man hätte ihn mit Unrecht verurteilt, er habe nur die Wahrheit gesprochen. Er beständigt damit, was in Meyer's Rentrumsblatt geschrieben, als der Mann vor Gericht erschien: „Was der Pfarrer gesagt hat, denken alle Katholiken hier. Das Ungeschickte war nur, daß er es am Kaisers Geburtstag ansprach.“ Als der Pfarrer aus der Haft zurückkehrte, empfing ihn jubelnd eine große Menge seiner Pfarrkinder. Jetzt wird im Orte Geld zu einem Ehrengeld für ihn gesammelt.

Entschuldigungslehre. Vorstand und Aufsichtsrat der Flensburger Schiffswerft beschlossen, der Generalversammlung 10 Prozent Dividende vorzuschlagen.

Der „wahrheitsfreundliche“ Freisinn. Bekanntlich behauptet der „Vossische Zeitung“, auch ein Wahlrechtskämpfer zu sein, er hat ja auch ein Wahlrechtskomitee eingesetzt, von dem aber bis jetzt so gut wie nichts in die Öffentlichkeit gekommen ist. Nun hat sich in Königsberg unter dem Vorsitz des früheren Landtagsabgeordneten Dr. Krieger vor einiger Zeit ein bürgerliches Wahlrechtskomitee gegründet, das in Königsberg große Versammlungen einberufen hat, die sehr gut verlaufen sind. Dem „Vossischen Zeitung“ ist diese Bewegung aber ein Dorn im Auge. Jetzt veröffentlicht die „Fortuna“ eine Rundschreiben des Dr. Krieger, in dem die Wahlrechtskämpfer gebeten werden, Geld zu sammeln, damit entweder Dr. Barth oder Dr. Breitscheid nach Königsberg kommen kann. Während fällt die „Fortuna“ aus diesem Anlaß über Dr. Krieger her. Sie schreibt, Dr. Barth und Dr. Breitscheid verfolgen mit leidenschaftlichem Haß alles, was freisinnig sei und hätten sich mit Leib und Seele der Sozialdemokratie verschrieben. Sie dürften in Königsberg auf einen vollen sozialdemokratischen Erfolg rechnen, und vielleicht erbarme sich die Sozialdemokratie deshalb auch der finanziellen Unterstützung des Wahlrechtskomitees. Sie könne es ruhig verantworten, die Kosten für diese Veranstaltung auf die sozialdemokratische Partei zu übernehmen. So „unterstützt“ ein „freisinniges“ Blatt die Bestrebungen ehlicher Männer aus dem bürgerlichen Lager in ihrem Kampfe gegen das Dreiklassenwahlrecht.

Streikende Ausländer kann man hier nicht gebrauchen. Jüngst stritten sämtliche russisch-polnische Arbeiter des Gutes Schönborn (Kreis Calm i. Pr.). Um die Arbeiter zur Ration zu bringen, wurde Militär gegen sie kommandiert. Von den Ausländern sind jetzt elf Arbeiter mit ihren Familien über die Grenze abgehoben worden.

Unternehmer-Vulgereien. Bei der Gewerkschaftsversammlung der Gewerkschaft „Waldhorn“, Erbergwerk, kam es zu bestigen Auseinandersetzungen, in denen sich die jetzige und frühere Gewerkschaftsleitung heftig angriffen, einander Vilanzenverleumdungen, Unterstellungen und sonstige netze Dinge vorwarfen. Das Gewerkschaftsblatt der Dortmunder Staatsanwaltschaft übergeben werden, da Redaktionen und Sitzungen darin vorgenommen wurden. — Wie unser Berichterstatter mitteilt, sind die streikenden Arbeiter auf nationalsozialistische Parteimitglieder, die Reichsverband kann also seine Ehrenmitgliedschaft an sozialdemokratischen Gruppen verlieren.

Rein Erzgericht für Arbeiterlanger. Aus Pöfeld, den 17. August wird berichtet: Die Militärbehörde untersagte die Benutzung des Erzgerichtes, der mitten in der Stadt liegt, zur Aufstellung des Festunges des gestrigen Bundesfestes der Arbeiter-Gewerkschaft, die sich zur Sozialdemokratie bekennen. Die Polizei gestattete den Langer nur durch die Reichswehr. — Die werden sich auch noch an die Hauptstraßen gemahnen.

Beppelin kommt nicht unter Kuratorium. Die Frage der Einsetzung eines Kuratoriums für die Beppelin-Spende dürfte als vollständig erledigt zu betrachten sein. Insofern man je an maßgebender Berliner Stelle“ den Kuratoren des Geheimrats Rathenau Folge zu leisten geneigt war, hat man nun unter dem Druck der öffentlichen Meinung davon Abstand genommen. Der Geheimrat Oberregierungsrat Lewald im Reichsamt des Innern, der bisher in jeder Hinsicht die Sache Beppelins bei der Regierung vertreten hat und seit gestern wieder in Friedrichshagen wohnt, hat wieder den Wunsch nach dem Auftrag, die Rathenau'schen Ideen oder etwas Ähnliches verwirklichen zu suchen. „Maßgebende Berliner Stellen“ gibt für Beppelin nicht, der gibt sich schon selbst Maß.

Ausland.

Die Ereignisse in der Türkei.

Die türkischen Blätter veröffentlichen das Programm des neuen Ministeriums, in dem es heißt: Das Ministerium hegt die feste Absicht, die Staatsgeschäfte unter voller Wahrung der souveränen Rechte des Sultans, der Rechte des Ministerrats und des Parlaments sowie der allgemeinen Rechte des Volkes zu leiten. (1) Um der gegenwärtigen finanziellen Nothlage bis zu einem gewissen Grade abzuhelfen, soll die große Zahl der Beamten in entsprechendem Maße beschränkt und ihre unverhältnismäßig hohen Gehälter herabgesetzt werden. Um einigen dringlichen Ausgaben nachzukommen, werden wir uns bemühen, eine kleine Anleihe aufzunehmen und nach Möglichkeit Ersparnisse zu machen. Auch im Militärdepartement werden Ersparnisse gemacht werden müssen. Eine Vermehrung der Staatseinkünfte soll einerseits, ohne daß neue Steuern geschaffen werden, durch eine Reform der gegenwärtigen Steuern, durch Verbesserung des Systems der Steuererhebung und durch Erneuerung der Handelsverträge, andererseits durch Aufsuchen von Maßnahmen zur wirtschaftlichen Hebung des Landes erreicht werden. Das Ministerium wird weiter die Frage der Durchführung der öffentlichen Arbeiten auf einer anderen Grundlage, sowie die Maßnahmen zur Sicherung des Fortschrittes der Landwirtschaft prüfen und dem Parlamente vorlegen, sowie die Verbesserung des öffentlichen Unterrichts und die Heranziehung sämtlicher Bevölkerungsklassen zum Militärdienst vorbereiten. Die Berichte werden so ausgestaltet, daß sie Vertrauen einflößen. Die Türkei will mit allen Mächten gute Beziehungen aufrecht erhalten. Es wird dahin getrachtet werden, daß mit Zustimmung der interessierten Staaten die außerordentlichen Bestimmungen, welche für die in der Türkei lebenden Untertanen einiger fremden Staaten gelten, aufgehoben werden, und die Bemühungen der Regierung werden darauf gerichtet sein, eine allgemeine Lage zu schaffen, die jedermann Vertrauen einflößt und selbst bei Fremden die Ueberschneidung ihrer Privilegien begreiflich macht.

Rede Churchills gegen die Kriegsheher. Der englische Handelsminister Churchill hielt vor einer Arbeiter-Versammlung eine Rede. Einem Telegramm aus London zufolge führte er darin aus: Er sei erstaunt und betrübt über die wilde Sprache, deren man sich in Bezug auf Deutschland bediene. Er meine insbesondere die kürzlich von Lord Cromer im Oberhaus gehaltenen Rede.

Die Sämmacher, fuhr der Minister fort, haben keinen Grund zur Panik. Dieses Land ist eine Insel. Keine Regierung, die vielleicht in naher Zukunft am Ruder sein mag, wird auch nur einen Schritt von der Flottenpolitik abweichen, die uns vor einer Invasion von außen in der Tat sichergestellt. Alle Parteien sind verpflichtet, diejenigen vernunftgemäßen Maßregeln der maritimen Verteidigung zu fördern, welche die Entwicklung dieses Landes sichern, welche uns von dem Sturz des Militarismus, wie er auf dem Kontinent herrscht, befreien, und die niemals für irgend eine andere Großmacht der Welt eine Drohung bedeuten.

In zweiter Linie sage ich: Es gibt keine Kolonisation der elementaren und hervorstehenden wichtigen Interessen zwischen England und Deutschland. In allen Teilen der Welt gehören die Deutschen zu unseren besten Kunden. Wenn ihnen etwas zustoßen würde, wüßte ich nicht, wie wir den Schaden für unseren Handelsverkehr wettmachen könnten. Da für die materiellen Interessen keine Gefahr vorhanden ist, würde von einem Kampf zwischen den beiden Ländern kein anderes Resultat zu erwarten sein als höchstens eine der furchtbarsten Katastrophen. Einseitige Leute haben gemeint, es lohne sich um des Handels willen zu kämpfen. Das lohnt sich nicht im geringsten. Ein Kampf von einem Monat würde mehr Schaden zuzufügen, als der Handel in fünf Jahren hervorbringen kann.

Man hat uns gesagt, die Kolonien könnten uns abhängig gemacht werden. Nichts könnte sich an dem Schicksal der großen Gemeinwesen wie Kanada, Australien, Südafrika und Indien ändern, wenn sie ihre eigenen Wege gehen und ihrer eigenen Bestimmung folgen, was sich nicht als Resultat eines Kampfes zwischen europäischen Mächten gleichfalls daran ändern würde. Was bliebe als Preis eines Kampfes zwischen England und Deutschland? Nichts als tropische Plantagen und kleine, hier und dort über die Welt zerstreute Kolonisationen. Mag auch das Schnappen und Knurren in den Zeitungen und Klubs von London immer so fortgehen, die beiden Völkler haben tatsächlich nichts, worum sie kämpfen könnten, keinen Preis, um den, keinen Platz, auf dem ein Kampf möglich wäre. Es wird in Deutschland keine zehntausend Personen geben, die ein solches Bößliches und verrätherisches Verbrechen ernstlich in Betracht ziehen, und in England, glaube ich, nicht einmal so viele.

Mit fast denselben Worten hat Genosse Bernstein diese Gedanken in unserer Friedensbewegung unter freiem Himmel gesagt. Wie die Rede Churchills zeigt, treffen alle diese Argumente zu.

Die Vertreter der englischen Arbeiterpartei haben kürzlich eine Resolution gegen die Kriegsheheret gefaßt, welche allgemein bekannt geworden ist. Jetzt nimmt nun das englische Parlamentsmitglied — Genosse Macdonald — das Wort zu der Frage einer sozialdemokratischen deutsch-englischen Friedensdemonstration. In der heut erscheinenden Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“ schildert er die Kriegsheheren in Deutschland und England, die er auf die unablässigen Flottenrüstungen zurückführt; er fordert energischen Protest, der aber

von Seiten Wandern und zwar von Organen erhoben werden müsse, welche große organisierte politische Parteien und Strömungen hinter sich haben. Er fährt fort:

Von diesen Erwägungen ausgehend, haben die Mitglieder der Arbeiterpartei im englischen Parlament beschlossen, wenn es den deutschen Genossen angenehm ist, im nächsten Sommer schon Deutschland einen freundschaftlichen Besuch abzustatten. Wahrscheinlich würden 20 von uns für eine Woche oder zehn Tage nach Deutschland kommen können. Wenn unsere deutschen Parteigenossen eine solche Reise für nützlich halten, wir stehen ihnen zur Verfügung. Wir, zu unserem Teil sind der Meinung, daß eine solche Demonstration freundschaftlicher Gesinnung zwischen den Vertretern der heutigen und englischen Parteien den besten Eindruck auf die öffentliche Meinung in Großbritannien machen würde; und wenn unserer Deutschlandreise ein Besuch Englands durch Vertreter der deutschen Sozialdemokratie vorhergehen oder folgen würde, so würde das den Eindruck nur noch mehr verstärken. Der Erfolg wäre umso sicherer, wenn die Befristung brüderlicher Gesinnung zwischen den parlamentarischen Vertretern beider Länder stattfände; der Parteitag in Nürnberg möge sich der Sache annehmen.

Ob mein Vorschlag nun gut oder schlecht ist — Ich weiß Macdonald — jedenfalls muß etwas geschehen. Wir wandeln am Rande des Abgrundes... Wenn sich die „Nordd. Allg. Zeitung“ also gegenwärtig an einigen unverständlichen gegen Deutschland gerichteten Artikeln Gynmans labt, dann muß darauf hingewiesen werden, daß die englischen Arbeiter anders denken als Gynman.

Die ganz Frommen in Oesterreich. Evangelische Orthodoxie und internationaler Ultramontanismus sind einander überall gleich. Hierig strecken sie ihre Hände aus nach der Volksschule, den höheren Schulen, den Universitäten; sie alle wollen der sterblichen Herrschaft dienen. In Oesterreich, dem klassischen Boden des Klerikalismus, der über das Land schon soviel Arbeit gebracht hat, ist kürzlich ein kirchliches „Blatt“ erschienen, überschrieben: „Heiliger Josef“. Latin heißt es:

Was wollen wir durch die katholische Universität erobern? Unsere alten katholischen Volksschulen. Will das Gott? Ja!

Was wollen wir durch die katholische Universität erobern? Unsere alten katholischen Gymnasien. Will das Gott? Ja!

Was wollen wir durch die katholische Universität erobern? Unsere alten katholischen Universitäten. Will das Gott? Ja!

Was wollen wir durch die katholische Universität erobern? Unser Ates, katholisches Oesterreich. Will das Gott? Ja!

Gott fordert katholische Universitäten! Gott will katholische Universitäten!

Wenn Gott das alles selber will, dann würde er wohl längere Wege dazu haben, als die einfalligen Flugblätter vom heiligen Josef.

Die Revolution im kaukasischen Kaukasus. Die „Nowoje Wremja“ meldet aus Tiflis, daß der Versuch von kaukasischen revolutionären über die russische Grenze anzuhängen, ebenso soll die Einführung von Sprengstoffen unvermindert fortbestehen. Eine Kiste Dynamit wurde die Nacht in Dschula entdeckt. Statt des gewaltigen Heeres, mit dem Tiflis unterworfen werden sollte, ist der Kriegsminister mit nur 20 Reitern einetroffen. Die Straßenkämpfe haben in letzter Zeit fast ganz aufgehört. — Der Draht reicht nur noch für 20 Reiter!

Kleine Auslandsnachrichten.

Das türkische Offizierskorps ist fest davon überzeugt, daß der verstorbene Kriegsminister verurteilt worden ist und fordert strenge Untersuchung. — Der Sultan hat 46 Adjunkten aus seiner Umgebung entlassen. — Zwischen Slowenen und italienischen Sozialisten kam es in Triest zu wiederholten Zusammenstößen, wobei zahlreiche Personen verletzt wurden. Die Polizei nahm 59 Verhaftungen vor. — Das Blatt „Petit Republicain“ versichert, daß ein anarchistisches Attentat vor einigen Tagen in Versailles vor der Faserne des 11. Artillerieregiments geplant worden ist. Man entdeckte die Spuren einer explodierten Bombe, doch hat diese selbst keinen Schaden angerichtet.

Partei-Angelegenheiten.

Zum Parteitag in Nürnberg. In einer Partei-Versammlung des 5. sächsischen Reichstagswahlkreises (Dresden-A.) fand eine lange und sehr bewegte Debatte über Jugendorganisation und Budgetbewilligung statt. Zur Frage der Jugendorganisation wurde beschlossen: Die Parteiverammlung des 5. Kreises stimmt im allgemeinen der Tendenz der Resolution des Hamburger Generalkongresses zu, fordert aber, daß der Absatz 3 der Resolution eine andere, klarere Fassung bekomme. Zu diesem Zweck hält die Partei-Versammlung es mit den Münchener und Frankfurter Parteigenossen für zweckmäßig, wenn vor dem Parteitag eine Beratung zwischen Parteivorstand und Generalkommission, Bildungsausschuß und Delegierten der bestehenden Jugendorganisation stattfindet, die dem Parteitag eine Vorlage für einheitliche Regelung der Jugendorganisation durch ganz Deutschland macht. Im übrigen erklärte sich die Versammlung mit den Beschlüssen einverstanden, die in Leipzig in dieser Sitzung gefaßt wurden.

In der Debatte über die Budgetfrage vertraten die Genossen Sandermann und Wede den Standpunkt, daß die süddeutschen Abgeordneten einen schweren Disziplinbruch durch ihre Zustimmung zum Etat begangen hätten, während die Genossen Niemann, Rißke und Gräßdorf die Ansicht vertraten, daß ihre Zustimmung nach der liberale Resolution zu beurteilen sei, die in ihrem letzten Absatz in ausnahmsweisen Fällen eine solche Zustimmung zulasse. Es sei vor allem kein Grund vorhanden, aus der Sache eine große Staatsaktion zu machen, wenn auch die Ausnahmeverweigerung der Badenenser gemißbilligt werden müsse. Eine Abstimmung fand darüber nicht statt.

Zu Delegierten zum Parteitag wurden die Genossen Sandermann und Richter, als Ersatzmann Genosse Niemann gewählt.

Der Wahlkreis Sarau-Fork hat in seiner Kreis-Generalsammlung den Genossen Dr. Maurenbrecher in Nürnberg zum Reichstags-Kandidaten ernannt. Er wurde außerdem mit der Delegation zum Parteitag betraut. Ferner nahm die Generalsammlung einen Antrag zum Parteitag einstimmig an, der den süddeutschen Genossen wegen der Budgetbewilligung einen Tadel ausspricht; außerdem wurde beantragt, den Passus aus der liberale Resolution zu streichen, welcher besagt, daß die Zustimmung zu einem Budget nur ausnahmsweise und aus zwingenden Gründen gegeben werden dürfe. Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Aus der Budgetdebatte in der Parteipresse, die sich wesentlich mit den von uns schon berichteten Argumenten befaßt, ist nur nachzutragen, daß im bayerischen Etat keine Militärausgaben enthaltend sind. Diese werden vielmehr vom Reichstag mit erledigt.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 18. August.

Achtung, Tabakier! Donnerstag, den 20. August, Abends 8 Uhr: Protestversammlung der Arbeiterkollektiven im Restaurant „Stadt Wien“. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Schauspielhaus (Dr. Erich Fiegel). Das mit Aufregung und Erfolg vor kurzem zur Aufführung gelangte Junggellen-Drama von Heinz Todole „Ich lasse dich nicht“, welches der verschiedenen Gastspiele wegen vom Spielplan verschwinden mußte, wird nun am heutigen Dienstag nochmals wiederholt werden. Die Hauptrolle spielt wieder Mirjam Hornik.

Breslauer Sommertheater (Fiebichs Etablissement). Heute Dienstag geht die lustige Komödie „Prinzen-Erziehung“ mit Fräulein Förster, Fräulein Karsten und Herrn Sternberg in den Hauptrollen zum vorletzten Male in Szene. — Am Donnerstag findet die erste Aufführung des Dramas „Der Brandstifter“ von Hermann Hejermans statt, in dem Max Randa die 7 Hauptrollen des Einakters in blühschneller Verwandlung allein darstellen wird. Hierzu werden zwei weitere Einakter, beide von Otto Erich Hartleben, gegeben und zwar „Vore“ mit Fräulein Karsten in der Titelrolle und „Der Abschied vom Regiment“. — Im Garten sonntags heute die Kapelle des 157. Regiments unter Leitung ihres Dirigenten Herrn D. Reidoß.

Folgeschwerer Unfall eines Maurers. Als Montag Mittag ein Maurer auf dem Stadthaus, Elisabethstraße, mit dem Ausbessern eines Schornsteins beschäftigt war, glitt er dabei ab, fiel durch ein Lichtfenster in den Hof hinab und schlug mit dem Kopfe auf die Steinfliesen auf. Schwerverletzt mußte der Bedauernswerte mittels Krankenwagens in ein Krankenhaus geschafft werden.

Arbeiters Ende. Pflüchlich vom Tode ereilt wurde am 15. d. M., Nachmittags, während er mit Abladen von Ziegeln beschäftigt war, der auf der Kurze Gasse wohnende Arbeiter Friedrich Baumgart. Ein Schragenfall dürfte seinem Leben ein Ziel gesetzt haben.

Erhängt wurde am 17. d. M. ein Kellner in seiner Wohnung auf der Breitestraße aufgehängt.

Beschmierter Wein. Die Weidenstraße wird gegenwärtig mit Straßenbahnlinien belegt und gepflastert. Ein Hausmeister war unglücklich darüber, daß die Trottoirplatten mehrere Tage vor seinem Hause standen und wollte dieselben entfernen. Leider verlor er aber nicht damit umzugehen, er konnte die Platte nicht mehr halten und beim Fallen beschmierte sie ihm ein Bein.

Unfälle. Am 16. d. M. wurde auf der Bärenstraße ein sechsjähriges Mädchen von einem Radfahrer umgerissen und erheblich verletzt. Ein Schuttmacher, der sich in einer Restauration auf der Tischgasse aufhalten wollte, stürzte beim Ausschauen der Bedürfnisanstalt infolge mangelhafter Beleuchtung in einen Keller und zog sich erhebliche Verletzungen zu.

Rückwärtsloser Radfahrer. Am 15. d. Mts. Abends wurde eine ältere Dame in völlig bewußtlosem Zustande und mit einem schweren Schädelbruch durch einen Herrn und eine Dame mittels Drohke in das St. Josef-Krankenhaus eingeliefert. Nach Angaben wurde die noch nicht vernunftfähige Frau durch einen Radfahrer überfahren, der nach der Zeit vorausgegangen war, ohne sich um die Schwerverletzte zu kümmern. Zeugen des Vorfalls wollen sich bei der Polizei melden.

Der Schmutz im Bade. Das Breslauer Schöffengericht verurteilte gestern den Arbeiter Jakobowski, der beim Baden im Brühlbad an der Universitätsbrücke seine Helle in der schäblichsten Weise wiederholt verunreinigt hatte, zu einer Woche Gefängnis.

Folgen des Alkohols. Am 15. d. Mts. wurde ein Maler von der Pörschstraße, welcher behauptete, von seiner Ehefrau vergiftetes Bierbrot zum Genuß bekommen zu haben, in schmerzhaftem Zustande in ein Krankenhaus eingeliefert. Bei der sofort vorgenommenen ärztlichen Untersuchung stellte es sich aber heraus, daß seine Erkrankung nur eine Folge übermäßigen Alkoholgenußes gewesen sei.

Vermisst werden seit dem 5. April d. J. die Anstieblerfrau Luise Friedrich, geb. Dahlke, die mit ihrer Schwiegermutter und ihrem Bruder aus Russland nach Breslau gekommen war, um von hier aus zu Verwandten in Groß-Treben, Kreis Ulm, weiterzureisen. Die drei Personen sind vermisst; möglicherweise sind sie durch einen Agenten auf einem Gut als Arbeiter untergebracht worden; ferner die 17-jährige Tochter eines Oberbahnassistenten aus Frankfurt a. O., welche ohne Zustimmung der Eltern nach Breslau gefahren war.

Schwere Jungen. Am 16. d. Mts. wurden in Goldschmieden bei Deutsch-Wilha zwei gefährliche Einbrecher, Heinz und Wilfried, nachdem sie einen Einbruch bei dem Fleischermeister Bräuer verübt hatten, festgenommen. Sie hatten über 1000 Mark bares Geld und Goldsachen im Werte von 500 Mark gestohlen; die Beute wurde ihnen aber abgenommen und ist dem Eigentümer wieder anvertraut worden. Bei einer sofort vorgenommenen Hausdurchsuchung wurden bei Wilfried 520 Mark, in einem Topf versteckt, und ein Satz Villardbälle vorgefunden.

Verhaftet wurde ein Maler, der im Mai dieses Jahres seiner Mutter einen Spiegel im Werte von 45 Mark gestohlen hatte; ein Arbeiter, der sich vom Karplatz der Kaiserstraße einen Holzpfahl von 6 Meter Länge und einen Handwagen widerrechtlich angeeignet.

Gefunden wurden: ein kalter Damenmantel, ein Paar Palet Mägel, ein Schiffsbund, ein goldener Verrengring mit Stein, mehrere Portemonnaies mit Inhalt, ein Türschlüssel, einige Handtäschchen mit Inhalt, ein schwarzes Damenschulmüßchen, Aufzuden, Verkleidungs- und Legitimationspapiere, eine goldene Brosche, ein Tennisschläger, ein Schüssel und ein Drücker an einem Riemen befestigt. — **Abhanden kamen:** einem Eisenbahnwärter in den Anlagen am Hauptbahnhof ein Paar Herrenschlüssel mit Sporen und ein Karton mit Schürzen, Stiefelgarnituren und Schuhputzmittel. — **Verloren wurden:** eine goldene Herren-Remontuhr, eine silberne Damenuhr mit langer Kette, ein Trauring, ein schwarzes Täschchen, enthaltend 156 Kronen in Gold, ein Eisenbahnpassbuch und ein Zehentuch, eine Invalidenkarte, ein Schiffsbund, eine Brieftasche mit Inhalt und ein S. S. gravierter Trauring.

Gestohlen wurden einer Schlosserwitwe 13 Mk., die in Papier gehüllt unter dem Kopfkissen ihres Bettes verwahrt gewesen waren; einer Witwe 15,50 Mk.; einem Stellenbesitzer ein Paar Männerstrümpfe und Paar Kinderhandschuhe; einer Witwe aus der zuverfügbaren Wohnung ein schwarzes Damenkleid; einem Kaufmann durch Einbruch aus einer Schublade des Schreibtischs durch Einbruch in eine Bodenlampe mehrere Praxenleidungsstücke; einer Wälderin ein neues Bekleidungsstück; einem Wälderin ein modischer Anzug; einer Lehrerin aus Posen am Villetal der Desforderbahnhofes ein schwarzes Lederbüchsen mit 103 Mk.; einem Kaufmann eine dunkelgrüne Pelzcape; einem Gärtler in einer Restauration ein Geldbeutel mit 14 Mk. und ein Opernglas; aus dem Haus für eines Grundstücks auf der Klosterstraße ein Kinderkleidchen; in einem Café ein Sommerüberzieher, eine Altentische mit Inhalt und ein Hut; einem Wälder eine silberne Taschenuhr Nr. 5805 und ein Portemonnaie mit 8 Mark; einem Drochsenführer eine blaue Plüschpelzcape; einem Arbeiter ein Fahrrad Nr. 76222; einem Fräulein aus Karlowitz ein Damenrad; einem Zimmergehilfen ein Fahrrad „Gito“ Nr. 47474; durch Einbruch in die Wohnung eines Beamten auf der Klosterstraße, der auf Geholungsurlaub weilte, verschiedene zurzeit nicht feststellende Gegenstände.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags von 12-1 Uhr Mittags. W. Reiffe. Die für die Monate August bis Dezember 1907 rückständige Steuer kann durch Vorzahlung nicht mehr beigetragen werden.

werden, da sie seit länger als drei Monaten fällig ist. Wird Ihnen trotzdem der Lohn empfangen, so erheben Sie Beschwerde. **St. Warthan.** Ja, auch wer Invalidenrente bezieht, ist gesetzlich verpflichtet Alimente zu zahlen. Die Rente wird ihm aber gemäß § 850 der Zivilprozessordnung in dem Maße nicht gepfändet werden, in welchem es sich um die Alimente für ein unheilbares Kind handelt, weil er den Rentenbetrag zur Bestreitung seines eigenen notwendigen Unterhalts braucht.

Neueste Nachrichten.

Aus der Türkei.

Konstantinopel, 18. August (S. T. B.) In verschiedenen Betrieben ist wieder der partielle Streik ausgebrochen. Die Betrieben mit französischen Text können sämtlich nicht erscheinen. Im Allg. wurden von 800 Köchen 7-5 entlassen.

Konstantinopel, 18. August (S. T. B.) Die gerichtliche Untersuchung der Leiche des Kriegsministers ergab, daß derselbe an einem Bruch der Schlagader gestorben ist. Der bei der Beisetzung beabsichtigte Transport auf einer Kiste und der abzugebende Salut mußte wegen des Protestes der Geistlichkeit unterbleiben. Die Beisetzung fand unter reißiger Beteiligung des Volkes statt. Im Trauerzuge befand sich auch der deutsche Militärattache. Die Attache der anderen Mächte waren nicht erschienen.

Tod durch Blitzschläge.

Hannover, 18. August (S. T. B.) Während eines kurzen Gewitters traf gestern Nachmittag der Hag auf dem Waterloo-Platz mit Turnen beschäftigte Soldaten, von denen einer getötet und die beiden anderen verletzt wurden.

München, 18. August (S. T. B.) Bei Waldarbeiten im Bayerischen Wald wurden zwei Holzarbeiter, Vater und Sohn, die während eines Gewitters unter einem Baum Schutz suchten, vom Blitz erschlagen, während der Baum unversehrt blieb.

Jena, 18. August (S. T. B.) Die Apparate der hiesigen Erbebenwarte verzeichneten gestern um 11 Uhr 58 Minuten ein starkes, vierstündiges Erdbeben in etwa 800 Kilometer Entfernung.

Neß, 18. August (S. T. B.) Die Polizei verhaftete fünf Italiener, in deren Besitz anarchistische Schriftstücke gefunden wurden. Die Verhafteten wurden auszuweisen.

Wien, 18. August (S. T. B.) Auf den Schneeberge fanden Touristen eine Frauenleiche mit drei Schußwunden im Herzen und einem Messer in der Leichterleiche. Es wurde festgestellt, daß die Tote die Tochter-Inhaberin Kapfisch ist, die mit dem Heiratsschwinder Sand in Verbindung getreten war. Dieser soll sie um ihre Ersparnisse gebracht haben.

Wien, 18. August (S. T. B.) Auf dem hiesigen Friedhof hat sich gestern Frau Marie Kneidinger, die Gattin des am Raimund-Theater engagierten Schauspielers Rudolf Kneidinger, erschossen.

Budapest, 18. August (S. T. B.) In Groß-Warwein kam es gestern anläßlich der Konstituierung der Bauernpartei bei einer Verammlung von Bauern und Sozialisten zu Streitigkeiten. Die Polizei schritt mit blanker Waffe ein, so daß zahlreiche Personen verletzt wurden.

Lemberg, 18. August (S. T. B.) Feonti Roman ist von der Geroltschke in den Karpaten abgestürzt und tot liegen geblieben, während der Begleiter, der Kavallerist Josef, der ebenfalls abgestürzt, mit leichten Verletzungen davongekommen ist.

London, 18. August (S. T. B.) Die Nachricht, die Regierung plane die Aufnahme einer 100 Millionen-Anleihe zum Ausbau der Flotte begegnet überall großem Mißtrauen. Lord Rothschild weiß von solcher Absicht nichts. Auch Lord Nebothoff erklärt hierüber nichts zu wissen. In Finanzkreisen wird der Nachricht besonderes Mißtrauen entgegengebracht.

New York, 18. August (S. T. B.) Die Regierung kaufte das Luftschiff „Badwin“ für 478.000 Dollar an. Bei den Probefahrten hat das Luftschiff 44 Kilometer in zwei Stunden zurückgelegt.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Mittwoch, den 19. August: Arbeiter-Radfahrer-Verein „Breslau“. Jeden Mittwoch: Vereinsabend.

Genratverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands. Abends präzis 9 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Zimmer 3/4.

Sonntag, den 23. August: Buchdrucker-Gehilfen-Verein. Vormittags 10^{1/2} Uhr: Mitglieder-Versammlung im großen Saal.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Achtung Bezirksführer!

Die monatliche Abrechnung ist Montag, den 24. August, Abends 8 Uhr in den Bezirkslokalen. Alle Bezirksführer werden dringend ersucht, pünktlich zu erscheinen, auch diejenigen, die bereits vorher abgerechnet haben. Nach Beilegung der Kassensachen werden im Bezirk zur Besprechung, weshalb niemand fehlen sollte. Die unverkauften Marken sind mitzubringen.

Distrikt 3a (Gräßhofer Vorstadt).

Donnerstag, den 20. August, Abends 8 Uhr im Lokale Luisenstraße 13 Inauguralakt aller Mitglieder wegen Regelung wichtiger Angelegenheiten. Die Genossen und Genossinnen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land).

Neumarkt.

Land-Distrikt 9 (Zschansch). Donnerstag, den 20. August, Abends 8 Uhr: Viertel-Vortragsabend des Genossen Schütz im Distriktslokal.

Brieg, Partei. Donnerstag, den 20. August, Abends 8 Uhr.

Brieg, Wahlverein. Mittwoch, den 19. August, Abends 8 Uhr: Material-Angabe zur Flugblatt-Verteilung im Vereinslokal von Hoffmann, Fischerstraße. Eine zahlreiche Verteilung der Genossen ist dringend notwendig.

Strehlen, Wahlverein. Sonntag, den 23. August, Nachmittags 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Lokale von J. Proben.

Aus der Gehilfenwelt.

Der schlagendste Beweis für die Güte eines Gehilfen-Artikels ist, verehrte Frau, seine Popularität. Seit 25 Jahren bevorzugt die Mehrzahl der deutschen Hausfrauen für die Wäsche Dr. Thompssons Seifenpulver. Bitte überall zu haben.

Am 19., 20. und 21. August

wird bei mir wieder ein Sortiment

hochparter, vornehmer Knaben-Anzüge

für das Alter von 3 bis 9 Jahren

nur Modelle und Muster-Anzüge

zum Durchschnittspreis von **Mk. 7.50** pro Stück zum Verkauf gebracht.

Das Sortiment enthält wieder entzückende Neuheiten, es befinden sich Fassons dabei, die regulär den dreifachen Wert repräsentieren.

Umtausch und Auswahlendung ausgeschlossen!

8985

S. Guttentag, Breslau, Altbücherstraße 5, I. bis III. Etage.

Am Sonnabend, den 15. d. M., verstarb unser Mitglied, der Müller
Hermann Ramisch
im Alter von 31 Jahren.
Der Sozialdemokratische Verein Breslau.
Beerdigung Dienstag, d. 18. d. Mts., nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle in Cosel.

Am 16. d. Mts. starb unser Freund und Kollege, der Tischler
Herr Rudolf Ziegenrucker
im Alter von 60 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Tischler der Waggon-Fabrik Gebr. Hofmann (A.-G.)
Beerdigung: Mittwoch, nachm. 3 Uhr, von Gabitzstr. 40, nach Salvator.

Schauspielhaus

Zu Erich Ziegel.
Dienstag, 8 Uhr:
Ich lasse Dich nicht.
Mittwoch, 8 Uhr:
Flachmann als Erzieher.

Breslauer Sommer-Theater.
(Lieblich's Etablissement.)
Dienstag, abends 8 Uhr:
Zum vorletzten Male:
Prinzen-Erziehung.
Im Garten: **Reidock.**

Victoria-Theater

Kurzes Gastspiel
von Speyer's Budapest
gemischten Theater.
2 Allabendlich 2
Schlager.
Anfang 8 Uhr.
Bis Wechentags gültig.

Zeltgarten.

Dir. H. Kralusik.
Mstr. Belik
Gastspiel Nachfolger
mit dem
Codesprung
aus der 6. Etage.
Größte Attraktion der Gegenwart
und 10 Attraktionen.
8 Pf. Reformier 8 Pf.

„SCALA“

Nikolaistrasse 27.
Einziges Sommer-Variété mit
überdachtem Zuschauerraum
Täglich abends 8 1/2 Uhr:
Das
Tagebuch
einer 3789
Verlorenen.
Lebensbild in 4 Akten
mit einem Vorspiel
nach Margarete Böhm's
bekanntem Roman
v. Wolfv. Metzsch-Schilbach.

Palmengarten

Dir. H. Kralusik.
Musikgesellschaft
Reinert.
13 Perionen.
Entrée frei.

Für 1453
Zigarrenmacher!!

Alle Rohstoffe
zur Zigarrenfabrikation emp-
fehlen in grösster Auswahl
und zu billigsten Preisen
Carl Rother & Rode
Breslau I, Hammerstr. 26.

Ich kaufe gebrauchte Möbel
b. plötzlicher Fort-
reise. Tische, Stühle, Lampen, kleine ganze
Wohnungseinrichtungen, ges. 100. Jahrg.
Wahler, Gartenstraße 35. 3989

Bildungs-Ausschuss
des
Sozialdemokrat. Vereins Breslau.

Sonntag, den 30. August, abends 6 Uhr
im Saale des Gewerkschaftshauses

Rezitations-Abend

für
Schlesische Dialekt-Gedichte
von
Frau Thekla Eisner-Barber.

Programm:

- I. Teil.
's irschne Jungel. Max Heinzl
's woar amoal Max Waldenburg
Suste nischt - ock heem! Carl v. Holtei
Waterwendsch Marie Klerlein
Anne verzwickte Foahrt Marie Oberdieck
- II. Teil.
7 Poar woarme Würschtel Robert Sabel
Juchhanlasoaf
De gude Prille Herm. Bauch
Wie a zuletzte doch noch
recht hot
Bem Phutograph. Hugo Kretschmer
Der Kerrassier Max Heinzl

Programme à 10 Pf. sind durch die
„Volkswacht“,
das Parteisekretariat und die Distrikts-
führer zu beziehen.

„In freien Stunden“.

Illustrierte Roman-Bibliothek, Heft 10 Pfennige.
Durch die Expedition und Reiseverleger zu beziehen.

Jüngeres Dienstmädchen
für alle häusliche Arbeit vor 2. Oktober
gebürt. 3987
Dombrowsky, Neuschtr. 40.

Verkauf sehr. Möbel, Eiche,
verschied. Größe, Vers-
tändl. Sofa, Schreibtisch, u. a. u. a. u. a.,
ganze Einrichtungsgegenstände zu 30, 50
u. 70 Pf., Friedrichstr. 66. 3982

Knaben-Anzüge
Stoffreste aller Art
verkauft bei billigen Preisen
Martha Scholz
Friedrich-Wilhelmstr. 66.
Wieder Verkauf per Selbstveräußerung.
Kasse Schneiderhülle. 3984

Bettfedern und
fertige Betten.
HOLLER
Müller
Spez. Brandaufhellung.
Preisliste gratis und franko.
Julius Immerglück
Grosz. Neuschtr. 18/17.

Jede kluge
Mutter
gebraucht stets nur Erzieher, die auf den
Ehren-Wort Werner Sehlge, die auf den
Breslau I, Altbücherstr. 21, gebürtig
2. R.-G.-M., 4, 6, 8, 10, 12 Mk.
Verlebung ausgeschlossen.
Für Damen Special I. Gg., Posteingang.
Kaufwärts direkt Resonanz.
Zahlreiche Anerkennungen.

Kinderfest im Gewerkschaftshause!

Sonntag, den 23. August 1908,
nachmittags von 4 Uhr an:

Kinder-Fest

des
Distrikt 7
des Sozialdemokratischen Vereins.
Alle anderen Parteigenossen sind freundlichst
eingeladen.

Reform-Zigaretten, 10 Stück 10 Pfg.

Vielliebchen, 10 Stück 20 Pfg.

Beliebt, gut, preiswert
und überall erhältlich, sind die Zigaretten
der
Compagnie Laferme
in Dresden: [2809]

Vielliebchen Nr. 82 10 Stück 20 Pfg.
Reform Nr. 1 10 Stück 10 Pfg.

Reform-Zigaretten, 10 Stück 10 Pfg.

Vielliebchen, 10 Stück 20 Pfg.

Blendend weisse Wäsche



erzielt man mit
Dr. Thompson's
SEIFENPULVER
1/2 B. Paket 15 Pfg.

Ziehung bestimmt am 21. und 22. August.

Ich empfehle: 3985

Lose der Königsberger Geld-Lotterie à 3.30 Mk.,
Porto u. Liste 30 Pfg. extra.
Hauptgewinne: 75 000, 20 000, 10 000, 5000 Mk. bar usw.

Lose der Königsberger Ausstellungs-Lotterie à 50 Pf., 11 Lose 5 Mk.
Porto und Liste 30 Pfg. extra.
Hauptgewinne: 20 000, 5000, 2000, 1000 Mk. usw.

Die Gewinne werden auf Wunsch zurückgekauft. Ziehung am 10. September d. Js.
B. Klement, Breslau I, Ring 22, gegenüber dem
Spezial-Lotterie-, Bankgeschäft und Münzenhandlung.

Schuhwarenhaus „Concordia“

Ring 12. Waldenburg i. Schl. Ring 12.
Vom 8. bis 20. August

Räumungs-Ausverkauf

aller Restbestände feinerer wie einfacher
Schuhwaren jeder Ausführung.
Spezialität: Arbeiter-Schuhe und Stiefel.
Enorm billige Preise. — Größte Auswahl.
Streng reell.



3883



Die Gleichheit
(Frauenzeitung.)

Alle 14 Tage erscheinend Heft 10 Pfennige.

Arbeiterbewegung.

Zweit im Hamburger Hafen. Der Hafenbetriebsverein hat den Kontrakt für die Schauerleute geändert, wonach sie verpflichtet sein sollen, auch in anderen Häfen Arbeit zu verrichten.

Vom Mieterstreik. Es arbeiteten gestern Nachmittag 618 Mieter, fast die volle Zahl. Die Direktion läßt einen Anschlag anheften, daß der Betrieb wieder in vollem Umfange aufgenommen wird.

Schwarze Listen. Der „Vergaltap“, das Organ des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter Deutschlands, teilt in der neuesten Nummer mit, daß eine im Juli zur Ausgabe gelangte schwarze Liste des Bergverbandes auf 68 Seiten über 4000 Namen von Bergarbeitern enthalte, die unter Kontraktbruch die Arbeit niedergelegt haben.

Die Staatsanwaltschaft nehm diesem dreifachen Vorgehen angeblich „hilflos“ gegenüber.

Eine Scharfmacherorganisation über den Erdball. Hafenbetriebsunternehmer und Schiffseigner beabsichtigen eine Versicherungsgesellschaft gegen Streiks zu gründen. Bereits auf der im Jahre 1907 in London tagenden internationalen Schiffahrtskonferenz wurde ein Ausschuss eingesetzt, der über Mittel und Wege vorberaten sollte, wie am erfolgreichsten den Übertragungen der Seeleute nach Verbesserung ihrer Lebenslage entgegenzutreten werden könne.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 18 August.

Geschichtskalender.

19. August.

- 1780 Der französische Literaturkritiker Jean Pierre de Voltaire in Paris.
1819 James Watt (eigentlicher Erfinder der Dampfmaschine) †.
1875 Sozialistenkongress in Genéve.

Die listenweise Einföhrung in die Stadtverordneten-Wählerlisten wird zum ersten Male von den Beamten, welche die Auskunft im Bureau Zwingerstraße 14 vornehmen, verweigert. Begründet wird diese sonderbare Maßregel mit der Erklärung, daß auf diese Weise oft Wähler mehr als einmal in der Liste aufgeführt werden müßten.

Gändlerpraktik zur Täuschung des Publikums. Ueber sonderbare Gepflogenheiten der Händler wird von der „Tremonia“, einem katholischen Blatt in Dortmund, aus Schwerte in Westfalen berichtet.

In der letzten Schöffengerichtssitzung hatten sich die Eheleute Kaufmann Otto Schmidt von hier wegen Betrugs zu verantworten.

Bei einer Revision der Maße und Gewichte wurde in dem Geschäft der Firma A. Pfeiffer, das der Angeklagte zu dieser Zeit als Geschäftsführer verwaltete und nachher käuflich erworben, eine Waage vorgefunden, an welcher unter der einen Waage ein Stück Pappe im Gewicht von 30 Gram in angebracht war.

Die Konsumenten haben ein wirksames Mittel, sich vor den betrügerischen Praktiken der Händler zu schützen, indem sie die Konsumgenossenschaften unterstützen.

Eine lehrreiche Korrespondenz. Wir geben unsern Lesern von folgendem Briefwechsel Kenntnis. Das erste Schreiben ist, so wie es hier zu lesen ist, an unsere Adresse gelangt, und das zweite Schreiben befindet sich zur Zeit in den Händen des Ersten Staatsanwalts.

In einer hier anhängigen Ermittlungssache ist es von Interesse zu erfahren, wie viel der Zeitungsberichterstatler August Weiß aus Posen, Sapiechplatz, durchschnittlich in dem letzten Jahre für seine Tätigkeit als Berichtshalter monatlich oder vierteljährlich Vergütung erhalten hat.

Unsere Antwort lautete: Breslau, den 17. August 1908.

An die Kgl. Staatsanwaltschaft zu Posen. An unsere Adresse gelangte am 14. August 1908 ein Schreiben des Ersten Staatsanwalts in Posen, worin uns mitgeteilt wurde, daß es für die dortige Staatsanwaltschaft von Interesse sei zu erfahren, was der Zeitungsberichterstatler August Weiß im letzten Jahre für seine Tätigkeit an Vergütung erhalten habe.

Der Verlaß und die Medallion der Volkswacht für Schlesien und Posen. (Schiller.)

Wie die Leser leicht erkennen werden, ist in dem staatsanwaltschaftlichen Schreiben wieder eine Anrede noch eine Aufforderung an uns enthalten. Weiter fehlt bezüglich des Berichtserstellers Weiß die übliche Anrede Herr. Vielleicht entschließt man sich jetzt im Bureau der Staatsanwaltschaft zu besseren Umgangsformen.

Saatensland u. Ertragsverhältnisse in Schlesien nach den Berichten der schlesischen Landwirtschaftskammer: Die Ähren der letzten, vielwöchentlichen Dürreperiode haben sich auch in zahlreichen Gebieten unserer Provinz aufs unangenehmste, wenn auch nicht überall gleich schlimm, bemerkbar gemacht.

besondere wurde durch die andauernde Trockenheit die Ausbildung der Getreidearten geschädigt, auch das Wachstum der Futtergetreide, des zweiten Schnittes der Kleefelder und Wiesen stark beeinträchtigt. Die Safrträge, Hüben und Kartoffeln, haben sich auch in den trockensten Gegenden am besten gehalten.

* Achtung, Ripshalture, Schwarzdecker etc. In der Fachpappenfabrik Hugo Richard in Weißstein sind Differenzen ausgebrochen. Der Bezug von Schwarzdeckern, Ripshalturen und Zifferarbeiten nach dort ist deshalb fernzuhalten.

* Kinderfest im Gewerkschaftshause. Sonntag, den 23. August findet im Gewerkschaftshause das Kinderfest, verbunden mit Tanzbelustigung, des Distrikt 7 bestimmt statt.

Wegen Uebertretung des Krankenlaffengesetzes stand gestern der Zimmermeister Karl Preßler vor Gericht. Er habe von seinen Arbeitern nicht weniger als 410,82 Mark Krankenlaffenbeiträge in Bezug gebracht und an die Kasse nicht abgeliefert.

Die Stiefel des Wittstellers. Eine köstliche Geschichte, die, wenn sie nicht aus so zuverlässiger Quelle stammte, ungläublich klingen würde, erzählt Fürst Melchior in seinem „Grasbüchlein“.

Der Erfinder Edison hat seinen Freunden mitgeteilt, er gedenke, nachdem er nunmehr ein Vermögen von 125 Millionen Dollars erworben habe, demnächst sein Laboratorium zu verlassen und die Erfindertätigkeit aufzugeben.

Die Heilsarmee in Berlin. Die Heilsarmee hielt am Sonntag, Nachmittags, auf dem Tempelhofer Felde eine große Versammlung ab. Der Abmarsch von der neuen Philharmonie erfolgte in drei Zügen.

Der Pariser-Ballon in einer Gewitterwolke. Der Luftkranz der Motorluftschiffbau-Gesellschaft wurde gestern von einem Risikogeld betroffen, das ihn zu einer schnellen Landung zwang, bei der der Besatzung der Gesellschaft Hauptmann v. Progg, einen Bruch des linken Unterarmes erlitt.

Der Pariser-Ballon in einer Gewitterwolke. Der Luftkranz der Motorluftschiffbau-Gesellschaft wurde gestern von einem Risikogeld betroffen, das ihn zu einer schnellen Landung zwang, bei der der Besatzung der Gesellschaft Hauptmann v. Progg, einen Bruch des linken Unterarmes erlitt.

mar, ein Armband, eine Brosche, zwei Ohrringe und ein Fingerring gestohlen. Der Verdacht richtet sich gegen einen Unbekannten, der um die fragliche Zeit die Gegenstände einsehend beschlagnahmt.

Attentat auf einen sibirischen Personenzug. Kurz vor Dmsk in Westsibirien hat ein Ueberfall auf einen Personenzug stattgefunden. Die bewaffneten Räuber hatten die Geleise auf vierzehn Meter entfernt, der Zug entgleiste, und die Lokomotive, der Puffer, Gepäck- und ein Personenzug gingen in Trümmer.

Revolte im Gefängnis. In dem Gefängnis der Stadt Rom, nicht weit von Paris, empörten sich 100 Gefangene, schloffen sich in einem großen Saal ein, zertrümmerten alle Gerätschaften und wollten sich seit mehreren Abenden den Anordnungen des Gefängnisdirektors und des Anstalters nicht fügen.

Das Telephon im Sarge. Mrs. Richmond, die Witwe eines reichen Farmers aus Louisiana, hat sich ein Erbbegräbnis bauen lassen und in ihrem Testament bestimmt, daß der Sarg, in dem sie zur letzten Ruhe beisetzt werden wird, reichlich mit Luftlöcher zu versehen würde, damit sie, wenn sie zufällig vom Tode wieder erwachen sollte, und auch im Zustande des Starbampfes nicht der Gefahr des Ersticken ausgesetzt werde.

Schiffsbrand auf hoher See. An Bord des holländischen Dampfers „Amstland“, der den Passagierdienst zwischen Südamerika und den spanisch-portugiesischen Häfen verrichtet, ist auf hoher See ein Feuer ausgebrochen. Unter den Passagieren, teils Spanier und Portugiesen, entstand eine große Panik.

Die Stiefel des Wittstellers. Eine köstliche Geschichte, die, wenn sie nicht aus so zuverlässiger Quelle stammte, ungläublich klingen würde, erzählt Fürst Melchior in seinem „Grasbüchlein“.

Kleine Chronik. Bei den internationalen Versuchen mit Polizeihunden haben sich die belgischen Hunde als die tüchtigsten erwiesen. Sie erhielten acht erste Preise.

Aus Schlesien und Posen.

Die erste sozialdemokratische Versammlung unter freiem Himmel in Oberschlesien

hat Sonntag in Neubors stattgefunden. Nur allzu leicht wozu der Vetter geneigt sein, sein Erstaunen auszudrücken: Was ist denn los? Im ober-schlesischen Industriegebiet eine Versammlung unter freiem Himmel? Nur gemacht! Der Kampf um diese Versammlung war ja so recht kennzeichnend für die bekannte „liberale“ Handhabung des neuen Rechts.

Am 5. August schloß Genosse Trabalaki mit dem Hausbesitzer Nowal in Neubors einen Mietkontrakt ab, in dem er die Wiese des N. zur Abhaltung einer öffentlichen Versammlung für Sonntag, den 16. d. M., Nachmittags von 3-6 Uhr mietete. Die Versammlung wurde als polnische Volksversammlung unter freiem Himmel angemeldet und vom Amtsvorsteher des Ortes genehmigt.

Am Mittwoch Abend empfing Genosse Trabalaki die Genehmigung. Am Donnerstag erschien beim Wiesenbesitzer Nowal der Rentant der Gemeindefälle und suchte ihn zu beeinflussen, vom Mietvertrag zurückzutreten. Dem einfachen Manne sagte er, auf der Polizei (Amt) werde ein diesbezüglicher Brief an Trabalaki geschrieben, er solle zum Amt kommen. Nowal trat zum Amt. Zur Begrüßung wurde er dort vom Amtsekretär Hermann gefragt, ob auch sein Geschäft in Ordnung sei, dann, ob er denn auf die 10 Mark für Vermietung der Wiese so gierig sei. Schließlich wurde ihm gesagt: „Sie werden das dauern, Sie werden noch mehr zahlen müssen.“ Gleichzeitig wurde ihm nachstehender Brief zur Unterschrift vorgelegt:

Neubors, den 13. August 1908.

Herrn Fr. Trabalaki

Rattowitz.

Mit Rücksicht darauf, daß ich den mit vorgelegten Vertrag mit Ihnen nicht abgeschlossen (?) habe, gestatte ich unter keinen Umständen, daß die am 16. 8. 08 ihrerseits angelegte Versammlung auf dem mit bezw. meiner Ehefrau gehörigen Grundstück stattfindet. Der Vertrag ist als ungültig (?) zu erklären, und mit zurückzunehmen.

Herrn Josef Nowal.

Wenn wir die seltsame juristische Logik, die aus dem Schriftstück spricht, ganz bei Seite. Wichtiger ist das Folgende:

1. Nowal hat den Brief nicht geschrieben;
2. Nowal hat ihn nicht abgelehnt;
3. Nowal hat die 30 Pfennig Porto für den eingeschriebenen Brief nicht bezahlt;
4. Nowal ist nach vollzogener Unterschrift unter den Brief auf dem Amt gesagt worden, er könne nun nach Hause gehen!

Am Sonntag, dem angelegten Tage der Versammlung, wurde nun Nowal mit aller Macht bearbeitet. Als die Massen sich schon auf dem Grundstück zur Versammlung einfanden, war der Sekretär Hermann noch einmal bei dem Manne und befehlte ihm, er brauche nur zu sagen, „er verleihe die Wiese“, auf sein Verlangen stände ihm Polizeihilfe sofort zur Seite. Punkt 6 Uhr erschien denn auch Nowal auf der Versammlungswiese und erklärte „vor Zeugen“ — sofort näherten sich die beiden Gendarmen — dem Genossen Trabalaki, er habe ihm schon geschrieben, daß er zurückziehe. Die Antwort war kurz und bündig: „Der Vertrag ist abgeschlossen, Sie haben ihn unterschrieben. Von 3 bis 6 Uhr steht die Wiese uns zur Verfügung.“ Noch einmal wurde ein Bearbeitungsversuch unternommen, Nowal möge die Versammlung als Besitzer von der Wiese weichen — diesmal schon vergebens. Der gute Mann hatte es satt und gab aus seiner Wohnung Stühle und den Tisch zur Rednertribüne. Nun begann die imposante Versammlung, in der Genosse G a s e - R a t t o w i t z unter gespanntester

Aufmerksamkeit über „Die Politik der Arbeiterklasse“ in polnischer Sprache referierte. In der Diskussion sprach Genosse P i a s - N e u b o r s.

Unter stürmischen Hochrufen auf die internationale Sozialdemokratie gingen die etwa 700 Versammelten — darunter etwa 100 Frauen — in begeisteter Stimmung auseinander.

Wrieg, 16. August. P i a s k o der Polizei. Die am letzten Donnerstag abgehaltene Versammlung war stark besucht. An Stelle des verhinderten Genossen S c h o l t z referierte Genosse R a t t o w i t z und zeigte den Anwesenden in kurzen, klar verständlichen Worten die feindliche Stellung der hiesigen Polizei zur Arbeiterschaft. Er wies darauf hin, wie in Wrieg seit langen Jahren die Polizei bestrebt war, alle freiwirtschaftlichen Bewegungen zu verhindern, was sie auch noch heute unter dem neuen Reichsverfassungsgesetz zu versuchen mag. Redner wies auf die Verfügung der Polizei gegenüber dem Gastwirt G o f f m a n n hin, in welcher diesem unter Androhung von 80 Mark Geldstrafe untersagt wurde, sein Lokal zu irgend einer Versammlung herzugeben. Gegen dieses Verbot, welches einfach unhaltbar war, wurde seitens des Wirtes wie auch seitens des Parteisekretärs Einspruch erhoben und der Erfolg hiervon ist der, daß die Wrieger Polizei ein glänzendes P i a s k o erlitten hat. Dem Gastwirt ist jetzt folgendes Schreiben zugegangen:

Wrieg, den 30. Juli 1908. Die an Sie ergangenen diesseitigen Verfügungen vom 30. Mai Nr. 5329 und vom 22. Juni 1908 Nr. 5870, betreffend das Verbot hinsichtlich der Benutzung Ihres Lokals zu Versammlungen, werden hiermit zurückgezogen.

An den Gastwirt Herrn Josef Goffmann, hier.

Nach diesem Stege der Arbeiterschaft über die Polizei, die ihr die gesetzlichen Rechte verweigern wollte, ist es nun doppelte Pflicht jedes rechtsdenkenden Arbeiters und Gewerkschaftlers, sich der politischen Partei, der Sozialdemokratie, anzuschließen und auf die Arbeiterpresse zu abonnieren. Ein fester Zusammenschluß der Arbeiterschaft wird es denn auch ermöglichen, uns ein größeres Lokal erobern zu können. An diesem Ausgange des Lokalvertrages sind alle Gastwirte interessiert gewesen, und da sie nunmehr sehen, daß die Polizei kein Recht hat, die Vergabe eines Lokals zu Versammlungen zu verbieten, so werden auch sie eine andere Meinung erhalten.

In der darauf folgenden Diskussion bedauerten viele Redner, daß sie bei einem solch wichtigen Punkte von Genossen S c h o l t z im Stich gelassen wurden und gaben der Hoffnung Ausdruck, daß so etwas in Zukunft nicht mehr vorkommen werde. Genosse P i o n t k e kritisierte das Verhalten der Redaktion in dieser Sache. Ihr mußte es bekannt sein, daß Genosse S c h o l t z verfehlt war. Trotzdem ist die Anzeige der Versammlung dreimal ausgenommen worden, ohne daß eine diesbezügliche Mitteilung erfolgt wäre. Er betonte, daß gerade Wrieg seitens der Redaktion sehr vernachlässigt werde und beantragte folgende Resolution:

„Die heutige öffentliche Volksversammlung bedauert aufs äußerste, daß sie von Seiten der Wrieger Zeitung wie auch der Redaktion im Stich gelassen wurde, sie hofft, daß in Zukunft solche Vorkommnisse beseitigt werden, indem Redaktion und Sekretariat mehr Fühlung nehmen und sich gegenseitig in allen Sachen mehr unterstützen.“

Diese Resolution fand einstimmige Annahme. Einige Redner sprachen dann noch ihr Bedauern darüber aus, daß es noch Arbeiter gibt, die trotz des Boykotts über den „Weinberg“ dieses Lokal immer noch besuchen. Genosse R a m e r teilte mit, daß man auch in Neubors bereits eine öffentliche Versammlung, welche unter freiem Himmel stattfinden sollte, verboten hat, und zwar wegen angeblicher Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit. Gegen dieses Verbot ist ebenfalls Beschwerde eingereicht worden; in nächster Zeit wird nach

demselben Wege wieder eine öffentliche Versammlung einberufen werden. Mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie wurde dann die Versammlung geschlossen. Polizei war diesmal nicht anwesend.

(Es ist sehr schön von den Wrieger Genossen, wenn sie ihre Nachsichtigkeit der „Volksmacht“-Redaktion an dem Hals hängen wollen. Sie sehen sich-frei-fremd einen Referenten auf die Tagesordnung, ohne von ihm eine Zusage erhalten zu haben. Wir sollen uns darum kümmern, ob derselbe denn auch kommen wird. Das konnten wir im vorliegenden Falle nicht, weil S c h o l t z verfehlt war und wir nicht wußten, was er etwa vor seiner Abreise mit den Wriegerern ausgemacht hatte. Da er aber am Donnerstag zurückkommen sollte, konnte es ja möglich sein, daß er Abends in Wrieg sein wollte. Wir uns bestand also gar keine Möglichkeit der Kontrolle und die Wrieger sollten das nächste Mal nur eine Resolution annehmen des Inhalts: Referenten werden erst dann angelündigt, wenn sie zugesagt haben.“ Dann werden sie sich solche Exzerzieren ersparen. Für die sonstige „Vernachlässigung“ der Wrieger Interessen bitten wir um Beweise! Red. der „Volksmacht“.)

Schweidnitz, 17. August. Festnahme eines Deserters. Der Mitte Juli vom hiesigen Artillerieregiment flüchtige gewordene Delonmehandwerker Walter ist in Seifersdorf, Kreis Grottkau, verhaftet worden.

Ein dreier Straßensraub wurde am Sonntag am hellen Tage inmitten der Stadt verübt. Als ein schulpflichtiges Kind am Niederst die Hospitalmühle betreten wollte, um dort Einkäufe zu besorgen, wurde es von einer jungen Frauensperson angehalten. Diese entriß dem Kinde das Portemonnaie und entloß mit ihrem Raube. Sie wurde aber auf der Flucht als eine hiesige Fabrikarbeiterin erkannt, auf deren Konto wahrscheinlich auch die übrigen in letzter Zeit hier vorgekommenen Raubfälle auf Kinder kommen dürften.

Schweidnitz, 17. August. Ein Kind in das Getriebe einer Drechsmaschine. Gestern Vormittag kam ein naher Gumnau der 11 Jahre alte Sohn des Hilsbremsers Dreiplatt einer im Betriebe befindlichen Drechsmaschine zu nahe, wurde von dieser an einem Arme erfaßt und eingebracht. Der Unterarm wurde dem Kinde abgerissen und die abgerissene Hand durch das Getriebe. Das Kind wurde in das Krankenhaus der Elisabethinerinnen gebracht. — Hatte man kein den Schindeln mit Arbeiten an der Maschine betraut?

Reichenbach, 17. August. Patriotischer Aufzug. Ein verwegener Turmkletterer erklug in der Nacht zum Sonntag die Spitze des hiesigen Kathanturmes von außen am Blitzableiter und besetzte aus Anlaß des Kriegesfestes am Turmknopf zwei große Fahnen. Großes Staunen herrschte natürlich am Sonntag über dieses tolle Wagnis unter den Tausenden, welche in Reichenbach weilten, darunter auch Prinz Wilhelm von Preußen und General von Woyrsch. Als sich im Winde eine der beiden Fahnen lockerte und abzusinken drohte, sah man plötzlich gegen 8 Uhr Nachmittags einen Mann am Blitzableiter emporklettern bis auf die Turmspitze und dort die Fahne erneut besetzen. Um 7 Uhr Abends unternahm er vor Tausenden von Zuschauern einen dritten Aufstieg am Blitzableiter und erholte die Fahnen herab. Vorher wand er sich aber über den Knopf hinweg. Dann stellte er sich aufrecht auf die die Turmspitze krönende Kugel und winkte lustig herunter. Der Abstieg erfolgte ohne jeden Unfall. Der verwegene Turmkletterer legitimierte sich als der Blitzableiterprüfer Josef Scharrer aus Reichenbach.

In Anbetracht der patriotischen Verdienste wird wohl das nächste Strafmandat wegen großen Unfugs diesmal ausbleiben.

Diegnitz, 17. August. Nochmals der Bau Poststraße. Unsere öffentliche Kritik an dem Bau Poststraße hat, wie wir schon mitteilen, bewirkt, daß längere Balken mit mehr Auflage eingesetzt worden sind. Jetzt werden auch der Bauherz und der Bau-Unternehmer mobil. In einer Zuschrift an uns bekräftigt Herr Konzernbesitzer W i n l e r, für den der fragliche Bau angeführt wird, daß er die Aeußerung: „Wer unbefugt den Bau betritt, wird

entfremdeten Arbeitern die Augen öffnen. Die Unternehmer der großen Industrie führen in der Zuchtung selber Gewerkschaften fort. Sie und da gelang auch die Gründung von solchen Streikbrechervereinen, deren Wohltätigkeitskassen die Unternehmer sich etwas kosten lassen. Alle diese Bemühungen, Zwicktrakt in die Reihen der Arbeiterschaft zu säen, hatten jedoch nicht den Erfolg, die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung zu schwächen. Wie auch in der Krisezeit die Macht der organisierten Arbeiterschaft vor dem koalitierten Unternehmertum anerkannt werden muß, das zeigten treffend die Tarifverhandlungen, die dieses Frühjahr für das Baugewerbe, die Holzindustrie, die Malerei, die Steinscherei, die Portefeuliebranche, die Schneidererei usw. stattfanden.

In einigen Orten, in denen die Krise besonders stark wütete und eine wochen- und monatelange Arbeitslosigkeit für zahlreiche Arbeiter und Arbeiterinnen mit sich brachte, ersuhr die gewerkschaftliche Organisation einen kleinen Rückschlag. Aus den gleichen Gründen ist insgesamt keine so starke Weiterentwicklung der politischen Organisation zu verzeichnen, wie wir sie im vorigen Jahre berichten konnten. Erfreulich bleibt immerhin die Tatsache, daß die Kraft der Arbeiterbataillone durch die verheerenden Wirkungen der Krise nicht nur nicht gebrochen werden konnte, sondern daß die Präsenzstärke der proletarischen Arme in so ungünstiger Zeit sogar wesentlich erhöht werden konnte. Eine Partei, die eine solche Widerstandskraft bewiesen hat, kann in Gewißheit des endgültigen Sieges allen Feinden zum Trotz getrost in die Zukunft sehen.

Vom Parteitag überwiesene Anträge.

Der Essener Parteitag überwies die Anträge 62 und 67, die die Landarbeiterfrage betreffen, dem Parteivorstand zur Erörterung. Der erste Antrag wünschte eine Enquete über die Landarbeiterverhältnisse und die Ausarbeitung eines Landarbeiterbeschützungsprogrammes. Es wurden in ihm vor der Abstimmung die Worte „vor den nächsten Parteitag“ gestrichen, weil die Schwierigkeiten einer solchen Enquete eine schnelle Erledigung unmöglich machen. Der zweite Antrag wünschte, daß die Landarbeiterfrage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages gesetzt werden sollte. Wir haben über die Landarbeiterfrage mit der Generalkommission der Gewerkschaften verhandelt. Auf dem Gewerkschaftskongreß hat Genosse Regien erklärt, daß eine besondere Land- und Waldarbeiterorganisation geschaffen werden soll. Bisher war für die Landarbeiter der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiterverband zuständig, der naturgemäß neben seiner großen Aufgabe, die Fabrikarbeiter zu organisieren, nicht nebenbei die Aufgabe der Organisation der Landarbeiter lösen konnte. Da in dieser Frage zurzeit Verhandlungen schweben, erschien uns eine Behandlung der Landarbeiterfrage auf dem diesjährigen Parteitag nicht angebracht.

Ein Antrag 68 ersuchte den Parteivorstand, die Genossenschaftsfrage auf die Tagesordnung des diesjährigen Parteitages zu setzen. Die Genossenschaftsfrage wurde bereits auf dem Berliner Parteitag 1892 verhandelt. In Hannover hat die Partei 1899 bei Beratung der parteistatistischen Fragen in 4. Absatz der Resolution Webel die prinzipielle Stellung der Partei zu den Wirtschaftsgenossenschaften erneut präzisiert. Den Antragstellern war es um eine prinzipielle Erörterung nach der Begründung, die sie ihrem Antrage in Essen gaben, nicht zu tun, sondern sie wollten speziell die Frage der Lohn- und Arbeiterverhältnisse in den Genossenschaften einmal auf einem Parteitag erörtert haben. In dieser Frage verhandeln seit

Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Nürnberg 1908

Allgemeines.

Die Verhandlungen des Essener Parteitages lieferten den Beweis, daß die „niedergerittene“ Sozialdemokratie auf dem Weg zu ihrem Ziele in ungebrochener Kraft weiterschreitet. Wenn das Jahr vor dem Essener Parteitag von uns als Kampfsjahr von ungewöhnlicher Schärfe bezeichnet werden konnte, so verdient das abgelaufene Berichtsjahr diesen Ehren-titel nicht minder. Hinter uns liegt ein Jahr der Wahlfriede, Kampf, wie sie schärfer in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie bis jetzt noch nicht bezeichnet werden konnten. Besonders die Wahlrechtskämpfe in Preußen nahmen das Interesse von ganz Deutschland in Anspruch; denn Preußen ist der Hort der Reaktion im ganzen Reich. Ein Kampf um die Erweiterung der Rechte des deutschen Volkes ist in erster Linie ein Kampf gegen die preußische Reaktion. Die Industrie-feudalen und Agrarier Preußens wollen in alle Ewigkeit an dem schwachvollen Dreiklassenwahlsystem festhalten, weil es ihnen ein bequemes Mittel ist zur uneingeschränkten Aufrechterhaltung ihrer Klassenherrschaft. Aus Dreiklassenwahlen kann kein Parlament hervorgehen, das den Namen Volksvertretung verdient. Der preußische Volk ist längst reif für eine moderne Verfassung und heischt unter der Führung der Sozialdemokratie gebieterisch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle über zwanzig Jahre alten Staatsangehörigen beider Geschlechter. Die Sozialdemokratie ging im Winter 1907/08 im preußischen Wahlrechtskampf zu einer kräftigen Offensive über. Auch die preußische Regierung, die sonst liebt, den „harthen Mann“ zu mimen, kann angesichts der gespannten internationalen Lage die Forderungen des preußischen Volkes nicht länger ignorieren. Die preußische Wahlrechtsbewegung fand in dem Juni-sieg bei den preußischen Landtagswahlen einen vorläufigen Abschluß. Aus den Folgen des Wahlsieges wird die preußische Wahlrechtsbewegung neue Kraft ziehen, wird die Wucht ihres Angriffs sich bis zur Unwiderstehlichkeit steigern. Die Wellen der preußischen Wahlrechtsbewegung schlagen über die preußischen Grenzen hinaus und kräftigten die Wahlrechtsbewegung in Mecklenburg, Braunschweig, Thüringen usw. Wir haben den Wahlrechtskämpfen, die den größten Teil des Jahres in den meisten Bundesstaaten die volle Tätigkeit der Genossen in Anspruch nahmen, ein besonderes Kapitel gewidmet.

besteht" getan hat. Er habe kein Interesse daran, Herrin, die sich für den Bau interessieren, den Eintritt zu verweigern, weil er la seine...
Siegold, 18. August. Ein Soldat als Wege-
lagerer. Ein Raubmord auf eine Verkäuferin von Kaiser's
Kaffee-Geschäft, Goldbergerstraße, wurde Sonntag Nachmittag kurz
nach 9 Uhr im Geschäftstotal verübt. Der Täter, ein Soldat
der hiesigen Garnison, wurde durch die Kassa an der Tat ver-
hindert und entflohen.

Sagan, 18. August. Ende eines konservativen
Blattes. Die Zeitung der konservativen Partei in unserem
Bezirk hat in einer am Sonntagabend stattgefundenen Sitzung
beschlossen, die ihr gediegene "Saganer Zeitung" ein-
geben zu lassen. Die Malchen und Schriften übernimmt
Druckereibesitzer Jakob in Goldberg. Sie bleiben aber wie bis-
her Eigentum der konservativen Partei. Das "Goldberger Stadt-
blatt", welches schon jetzt die Interessen der Konservativen und des
Landes vertritt, soll unter dem Titel "Goldberger
Saganer Zeitung" als Organ der Konservativen für den gesamten
Kreis Goldberg-Sagan herausgegeben werden. Sämtliche Buch-
drucker mit Einschluß des Verlegers sollen gekündigt werden.

Sagan, 18. August. Ein jugendlicher Platten-
reißer. Ein kühles Nachmittags nahm kürzlich ein achtjähriger
Knabe, der wegen eines geringfügigen Vergehens etwas auf dem
Kerkerhölzchen saß und sich bedrückt fühlte, die Wohnung seiner
Eltern aufzusuchen. Als früh um 6 Uhr die bei der
Plattierung der Gnadenbergerstraße beschäftigten Arbeiterinnen ihr
Tageswerk begannen, fanden sie den Knaben hinter den beim "Goldenen
Ähren" aufgestellten Trottoirplatten in düstiger Kleidung und bei
dem in der Nacht niedergegangenen kalten Regen halb erfroren auf.
Sie beschränkten den Strafnachlass in seine Behausung und baten
um "gut Wetter" für ihn. (Unter Plattreißern ist im Handwerks-
berufsbereich das Schlafen unter freiem Himmel gemeint.)

Soldberg, 17. August. Hochfeuer. In der vergangenen
Nacht kurz nach 12 Uhr brach in einem Schuppen auf dem hiesigen
städtischen Bahnhof auf der Kammeran Feuer aus, durch welches
der Schuppen, in dem sich eine Menge brennbarer Stoffe neben Ban-
gütern befanden, in kurzer Zeit in Asche gelegt wurde. Auch die an
dem Schuppen anstehenden Schuppen und Holzställe einiger Grund-
stücke der Kreisstraße gingen dabei Feuer und wurden von den Flammen
zerstört. Das neue Volksschulgebäude, welches in geringer Entfernung
von der Baustelle steht, nahm keinen Schaden. Es wird bösartige
Zündung angenommen. Der Täter ist jedoch unbekannt.

Soldberg, 17. August. Unfall einer 74jährigen
Arbeiterin. Als die 74jährige verwitwete Rentnempfängerin
Christiane Raubner auf der Kogbachschänke bei der Leberfabrik von
Scholz mit Wäschebleichen beschäftigt war, entfiel ihr plötzlich ein
Stück Wäsche in Wasser. Sie wollte es nach erfassen, verlor aber
das Hebergewicht und fiel in die Kogbach. Der Kolbmacher Johann
Wolff, welcher den Unfall bemerkte, sprang ihr nach und rettete sie
franz.

Kranzbach, 17. August. Beim Fröschefangen er-
tranken. Ertrunken sind hier am Mittwoch Nachmittag in einem
mit Wasser angefüllten Steinbruch die Knaben Gollmer und
Gede. Die im Alter von 8 und 9 Jahren stehenden Knaben wollten

Frösche in dem Wasserloch fangen, kamen aber, da sie die Netze
nicht konnten, darin um.

Glogau, 17. August. Achtung, Holzarbeiter! Die
hiesigen Bau- und Möbelfabrikanten haben Forderungen ein-
gerekelt. Wir bitten die anwesenden Kollegen, den Bezug nach
Glogau fernzuhalten.

Neustadt O.S., 16. August. Die Stadterordneten-
Sitzung bewilligte der Spielvereinigung "Guts-Mutts" eine an
der Kommunalverwaltung nahe 700 Mark Nacht einbrachte, zur
Anlegung eines allgemeinen Spielplatzes für ein jährliches Nach-
geld von 50 Mark auf die Dauer von zehn Jahren. — Zur Ruhe-
gehaltstasse für die Lehrer des Regierungsbezirks Oppeln mußte der
Wehrbeitrag von 466 Mark und zur Alterszulagenkasse der Wehr-
beitrag von 712,50 Mark nachbewilligt werden, desgleichen auch die
1000 Mark Steuer für eine Schenkung für die städtische Bade-
anstalt. — Ein Theaterabkommen unter dem Namen eines gemein-
samen Stadttheaters Oppeln-Neustadt soll dahingehend getroffen
werden, daß hier alljährlich eine Vorstellung gegeben wird und
dem Direktor Berger in Oppeln ein barer Zuschuß bis zu 500 Mk.
zugewillt wird. Mit 24 gegen 5 Stimmen wurde dem Kom-
missionsantrage zugestimmt. Für die Reppelinspende wurden 200 Mk.
bewilligt.

Widlicher Tod. Der Ansgänger Peter Wilschka aus
Mühlbors verließ dieser Tage Nachmittags seine Wohnung, um
nach Jägl zu gehen. Am Sonntag wurde derselbe als Leiche auf den
Wiesen im Wasser gefunden. Derselbe war 87 Jahre alt und schon
sehr gebrechlich. Daher ist ein Unfall nicht ausgeschlossen.

Neustadt O.S., 17. August. Eine öffentliche Schu-
macher-Versammlung fand am Sonntag im Gemeindefest-
saal statt, in welcher Herr Leiter Grunow über "Die Ursache der
wirtschaftlichen Krise" referierte. Nachdem die Anwesenden des kürz-
lich verstorbenen Kollegen Fischer gedacht, wurden noch einige kleinere
Angelegenheiten erledigt und dann die Versammlung geschlossen.

Ratiboritz, 18. August. Ein Opfer der Polenpolitik.
Wie der "Konfession" berichtet, ist der große Konkurs der hiesigen
Konfektionsfirma A. Fiedorowitsch auf den Boykott gegen den Ge-
schäftsinhaber als Folge zurückzuführen.

Gleitwitz, 18. August. Der Mörder des Heger's
Nenrich festgenommen! Sonnabend Nachm. gelang es den
Sondermordkommissionen Gola und Kulkner aus Rabschankan, den
Mörder des Heger's Nenrich in der Person des Schlossers Julius
Pawella in Scharen zu ermitteln und festzunehmen. Die drei
Augenzeugen des Verfalls, denen der Mann gegenübergestellt wurde,
erkannten in ihm sofort den Täter. Die Einlieferung in das Ge-
richtsgefängnis erfolgte bereits am Sonntag Nachmittag.

Rabrze, 17. August. Töblicher Sturm. Gestern fürzte
der 70jährige Rentier Wiera in seinem Hause an der Brüderstraße
infolge eines Fehltrittes die Treppe hinab und brach das Genick.

Posen, 18. August. Töblicher Unfall auf einer
Luftschänke. Sonnabend Abend schaukelte die Selterwasser-
schänke an der W. Hector-Passage. Weil die Weiden an hoch schaukelten,
brach die Bahn in eine fast wagerechte Lage, sodaß die K. aus he-
rüber der Höhe herabstürzte und zu Boden schlug, wo sie be-
stimmungslos liegen blieb. Die Verunglückte wurde nach der
ärztlichen Wohnung getragen. Der herbeigeholte Arzt nur noch den
töblichen erfolgten Tod feststellen.

Posen, 18. August. Personalveränderungen. Der
Polizeipräsident v. Hellmann ist zum Präsidenten der Regierung
in Alsen ernannt worden. An seine Stelle tritt der Landrat
v. Heptling in Pilsch als Polizeipräsident in Posen.

Schönlank, 18. August. Zustand der Holzbild-
bauer. Hier sind wegen angeblichen Arbeitsmangels in zwei

Holzbearbeitungsfabriken im ganzen 18 Bildhauer gekündigt worden,
und zwar bei der Firma Bilal neun und bei Bandler vier. Bei
beiden Firmen wurde auch der am längsten dort beschäftigte Kollege,
der gleichzeitig Kassierer bei der hiesigen Verwaltungskasse ist, ge-
kündigt. Da es von jeder Firma gewünscht ist, daß immer die Kol-
legen gekündigt werden, die am wenigsten verdienen, wurde die An-
kündigung des Kassierers als Maßregelung angesehen. Von den
sich noch arbeitenden Kollegen wurde dreimal versucht, die Ankün-
digung unseres Kassierers rückgängig zu machen. Die Verhandlungen
schleierten an der Hartnäckigkeit der Werkmeister. Daß der Kassierer
gemäßregelt werden sollte, und überhaupt in keiner anderen Fabrik
Arbeit bekommen soll, ist schon aus den Ausweisungen einiger Chefs
und Werkmeister hervorzuergangen. Nun haben sämtliche noch arbeiten-
den Kollegen am Sonntagabend, den 15. d. Mts., die Arbeit
niedergelegt. Alle in der Wasserartikel- und Turzmbel-
branche beschäftigten Bildhauer werden daher ersucht, den Zu-
satz nach Schönlanke fernzuhalten!

Gnesen, 17. August. Eine geborstene Ordnungs-
säule. Wegen dringenden Verdachts, Verfehlungen im
Sinne des § 175 des Strafgesetzbuchs begangen
zu haben, wurde der aussichtsführende Richter am
hiesigen Amtsgericht, Amtsrichter Steinhardt Sonntagabend auf
dem hiesigen Bahnhof verhaftet, als er von seiner Urlaubsreise
zurückkehrte. St. ist Junggeselle. Um Aufsehen zu vermeiden, er-
folgte die Verhaftung durch einen Beamten in Zivil. — Der ver-
haftete Amtsrichter war ein wührender Gegner der Sozialdemokratie.

Aus den Berichtsfäden.

Wegen Soldatenmißhandlung
In zwei Fällen hatte sich der Unteroffizier Paul Martens
von der 4. Kompagnie des Infanterie-Regiments Nr. 151 vor
dem Oberkriegsgericht in Königsberg zu verantworten.
Am 12. Juni d. J. mußte der Mustetter Albert einen Amer-
scheuern; als er damit fertig war, fand die Arbeit keine Gnade
vor den Augen des Herrn Unteroffiziers. Deshalb mußte der
Eimer noch einmal geschauert werden. Als nun Albert ober-
mals zur Bestätigung vor dem Unteroffizier erschienen war und
dieser "die Arbeit abgenommen" hatte, ging Albert zu seiner
Mannschaftsruhe zurück. Er hatte einen engen Gang zu passieren,
in dem der Unteroffizier Martens stand. Natürlich wollte er
sich möglichst drehen. Aber das half ihm nichts, er geriet doch
mit dem Unteroffizier zusammen. Dieser hob seinen Säbel auf
und mit den Worten: "Wißt Du nicht schneller vorbei", schloß
er den Soldaten mit dem Säbel in den Leib.
Das Opfer erklärte vor dem Oberkriegsgericht, daß es noch jetzt
— besonders wenn es beim Laufen tief Atem hole — Schmer-
zen empfinde. Dann hatte eines Tages der Mustetter ohne
Arbeit zu machen, die er nach Ansicht seines Vorgesetzten nicht
schnell genug erledigte. Der Unteroffizier schlug dem Sol-
daten den Helm auf den Kopf und ließ ihn
auch mit dem beschuhten Fuß in die Seite,
wobei er ausrief: "Kannst Du Schwein es nicht besser machen?"
Weide Vorgänge spielten sich unter vier Augen ab. Der Miß-
handelte brachte die Angelegenheit aber doch zur Anzeige. Vom
Kriegsgericht wurde der Unteroffizier wegen des ersten Falles
freigesprochen, da ihm das Gericht glaubte, daß der
Soldat persönlich auf sein Seitengewehr gerannt sei.
Wegen des zweiten Falles bekam er — acht Tage Mittelarrest.
Das Urteil wurde aber vom Oberkriegsgericht angefochten, und das
Oberkriegsgericht glaubte dem Inzidenten auch nicht, daß die
erste Mißhandlung nur auf ein Versehen zurückzuführen sei. Es
hielt es für ganz unerklärlich, wie ein Mann persönlich in
die Spitze eines Seitengewehres rennen könne, das ein anderer
umgeschuldet habe. Miße genug kam der Soldatenmischer aber
auch vor dem Oberkriegsgericht weg, denn er erhielt eine Ge-
samtsstrafe von drei Wochen Mittelarrest für beide Fälle.

In den Wahlrechtskämpfen haben die Gewerkschaften die Partei
nach Kräften unterstützt. Die meisten Gewerkschaftsblätter haben ihre Leser
auf die Bedeutung des Wahlrechts in den Einzelstaaten und auf die Wichtigkeit
der Wahltagwahlen aufmerksam gemacht durch eine Artikelserie, die im Auf-
trag des Parteivorstandes der Gewerkschaftspresse aufgestellt wurde. Einige
Gewerkschaftsblätter haben durch eigene Artikel die Berufscollegen darüber
aufgeklärt, wie wichtig es gerade für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter
ist, Einfluß zu gewinnen auf die Gesetzgebung und Verwaltung der Einzel-
staaten, die in vielen Berufsfragen tief einschneidende Entscheidungen treffen
können. Die Agitation gegen den Entwurf eines Reichsvereinsgesetzes
wurde von Partei und Gewerkschaften gemeinsam geführt. In der Bekämpfung
des reaktionären Entwurfs der Regierung, der als Frucht der "liberalen"
Blodora zum Ausgangspunkt gegen die fremdsprachlichen und jugend-
lichen Arbeiter wurde, war vom Tage seines Erscheinens ab nicht die geringste
Meinungsverschiedenheit zwischen der Parteileitung und der Generalkommission
der Gewerkschaften.

Der 6. deutsche Gewerkschaftskongress, der vom 22. bis zum
27. Juni in Hamburg tagte, zeigte, daß die Gewerkschaften den festen Willen
haben, gemeinsam mit der sozialdemokratischen Partei an der Vertretung der
Arbeiterklasse aus den Pfeilern der Lohnsklaverei zu arbeiten. Die Tages-
arbeiten, die in und nach Köln zu theoretischen Auseinandersetzungen führten, machten
sich auf der Hamburger Tagung nicht bemerkbar. Am Schluß des Kongresses
konnte Genosse Böhmert unter der Zustimmung der Delegierten feststellen:
"Die können mit Recht sagen, daß es heute zwischen den beiden
großen Teilen der Arbeiterbewegung Differenzen
grundsätzlicher Natur überhaupt nicht mehr gibt." Die
Gewerkschaftskongresse finden nur alle drei Jahre statt. Die Reihen der Ge-
werkschaften haben sich seit dem letzten Kongress ganz außerordentlich ver-
größert. In Köln konnte über 1115 723, in Hamburg über 1573 146 gewerkschaftlich
organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen gezählt werden. Vor einem Jahrzehnt hätte
niemand für möglich gehalten, daß die deutschen Gewerkschaften an Zahl und Stärke
die englischen Trade Unions jenseits des Ärmelkanals überholt hätten. Nachdem die
Reichsregierung es abgelehnt hatte, den Gewerkschaftskongress zu beschützen, verzögerten
die Gewerkschaften auf eine Einladung der Regierung zum Hamburger Kongress. Die Regierung kann
die tatsächliche Macht, die die vereinigten deutschen Gewerkschaften repräsentieren,
nicht ignorieren. Der Verlauf der Hamburger Tagung bewies, daß die
Gewerkschaften die Zeichen der Zeit erkennen. Sie rufen nicht, sondern sie
rufen sich für die kommenden Kämpfe, die der Schatzkammer der Herren
im Hause vorbereitet. Die Unternehmerverbände stehen heute größer
und geschlossener da denn je. Sie üben mehr denn je auf die Regie-
rungen einen für die breiten Volksmassen unheilvollen Einfluß aus. Zur
Bekämpfung dieser volkreislichen Einflüsse ist die Einigkeit des Klassen-
bewußtseins dringend erforderlich. Im Laufe des Jahres gelang es in langwierigen
Verhandlungen, einen großen Teil der früher sozialorganisierten unter
Bereinstimmung bestimmter Nebenbedingungen zum Eintritt in die Zentralverbände
der Gewerkschaften zu bewegen. So waren langjährige Bemühungen um die
Einigung der gewerkschaftlichen Arbeiter endlich von Erfolg gekrönt.

Am 15. Mai d. J. trat das Reichsvereinsgesetz in Kraft. Nach
17jährigem Verwehen der Reichsverfassung wurde endlich dieses der reichsge-
setzlichen Regelung vorbehalten Gebiet auch wirklich durch Reichsgesetz geregelt.
Die Vereinigung des Vereins- und Versammlungsrechts geschah in der

Weise, daß in der Hauptsache das reaktionäre Preussische Vereinsrecht auf das
gesamte Reich übertragen wurde, soweit nicht einzelne Bestimmungen deshalb
wegfielen, weil sie infolge der Entwicklung der Verhältnisse ihre praktische
Bedeutung verloren hatten. Im übrigen hat die kurze Zeit seit In-
krafttreten des Reichsvereinsgesetzes bewiesen, daß vielfach in Stadt
und Land die Verwaltungsorgane bestrebt sind, möglichst alles beim
alten zu lassen, selbst dort, wo der klare Wortlaut des Gesetzes es
anders bestimmt. So hat z. B. der Breslauer Polizeipräsident eine Versamm-
lung des Breslauer sozialdemokratischen Vereins auflösen lassen, weil der
Vorstand sich die ungesetzliche polizeiliche Überwachung der Versammlung
eines geschlossenen Vereins vorbehalten. In der Begründung heißt es, daß die
Mitgliederbesprechung des Vereins nicht als Mitgliederbesprechung zu be-
trachten ist, weil der Verein in Breslau 6000 Mitglieder hat und es leicht sei,
die Mitgliedschaft des Vereins zu erweitern. Gegen diese Verfügung ist der
Rechtsweg beschritten. Wenn sich das in der zweitgrößten Stadt Preußens
unter dem neuen "freiwirtschaftlichen" Vereinsgesetz ereignet, kann man sich vor-
stellen, was sie und da auf dem platten Lande geschieht. Es wird Aufgabe
unserer Parteigenossen sein, die Ausführung des Vereinsgesetzes allenfalls
zu überwachen. Ueber alle das Vereins- und Versammlungsrecht betreffende
Hebergrieße und Ungeheuerlichkeiten muß Bericht erstattet werden, damit die
Fraktion in der Lage ist, im Reichstag die Handhabung des Reichsvereinsgesetzes
zu kritisieren. Es muß dem Staatssekretär des Innern klar gemacht werden,
welcher Beachtung sich seine Erklärungen in der Reichstagskommission vielfach
bei den unteren Verwaltungsbehörden erfreuen.

Das Reichsvereinsgesetz ist eine Frucht der Bloßpolitik. Der Bloß
hat bisher zusammengehalten. Im die Bloßpolitik nicht zu gefährden, hat der
Freisinn sogar einer den Agrariern genehmen Wörseform zugestimmt. Der
Freisinn wird im kommenden Winter sicherlich auch einer nach dem Willen
der Agrarier gestalteten, hauptsächlich auf Vermehrung der massenbestehenden
indirekten Steuern beruhenden Finanzreform zustimmen. Nachdem Böhner
am 4. Dezember d. J. hinter den Reichstagskulissen die Vertrauensfrage stellte
und die Bloßführer darauf einschwenkten wie die Unteroffiziere, ist anzu-
nehmen, daß der Freisinn alles schluß, was die Junker- und Bourgeoisregie-
rung von ihm verlangt, um nur den Irrwahn aufrecht zu erhalten, als ob
der linksliberalen einen Bispel der Macht in Händen hielt. Das Ver-
halten der Bloßparteien bei der Veraltung der Reichsfinanzreform und der
Gewerkschaftsreform muß der Sozialdemokratie im kommenden Winter
reichen Agitationsstoff liefern.

Die deutsche Arbeiterkraft hat schwer zu leiden unter der fast alle
Gewerkschaften umfassenden Krise, die seit 1807 das Wirtschaftswesen lähmt.
Durch reichliche Heberstundenarbeit hatten in vielen Berufen die Arbeiter in
den Jahren der Hochkonjunktur einen höheren Lohn erzielt. Wer in diesen
Jahren irre wurde an den Lehren des Sozialismus und zurückkehrte zum groß-
büderlichen Glauben an die Vorzüglichkeit der Grundbesitzer der kapitalistischen
Gesellschaftsordnung, dem zerstörte die schwere Krise grausam die Illusionen.
Die Folgeerscheinungen der heutigen anarchischen Produktionsweise rütteln die
Gleichgültigen jetzt unsonst wach. Die schlechte wirtschaftliche Lage stärkte
allenfalls den revolutionären Geist des kämpfenden Proletariats.
Die bürgerlichen Parteien setzten in der Krisenzeit ihre Bemühungen zur
Korruptionierung der Arbeiterkraft fort, indem sie sogenannte nationa-
le Arbeitervereine zu gründen versuchten. Der Reichsverband zur Bekämpfung der
Sozialdemokratie ließ den bürgerlichen Parteien seine Hilfe bei diesen Grün-
dungen. Die Erfahrungen der Krisenzeit werden den ihren Klassenoffen!